

GENERATIONEN- gerechtigkeit!

Was ist Generationengerechtigkeit? Wie lässt sich der Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts sinnvoll definieren? Ein neues Buchprojekt der SRzG



„Was ist Generationengerechtigkeit?“ – so lautet der neue Sammelband, den die SRzG derzeit konzipiert. Warum dieses Buch? Der Begriff der Generationengerechtigkeit hat gute Chancen, das geistige Leitmotiv des gerade angebrochenen Jahrhunderts zu werden. Die Frage der Gerechtigkeit zwischen Alt und Jung wird angesichts der dramatischen Veränderungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung ebenso wichtig werden wie die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, also der Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich. Die Forderung nach einer neuen Ethik, die die Rechte nachrückender Ge-

nerationen berücksichtigt, wird gerade angesichts der weit reichenden Folgen heutigen Handelns immer dringlicher.

Jung und Alt im Clinch

Wie vielfältig und facettenreich das Thema ist, mag folgender Schlagabtausch verdeutlichen, den sich ein Vertreter der Jugend mit einem Vertreter der älteren Generation kürzlich bei einer Talkshow lieferte. Der Jugendliche: „Ist es gerecht, wenn junge Menschen Treibhauseffekt, Ozonloch und Atommüll als Hinterlassenschaften früherer Generationen erben? Ist es gerecht, wenn die

(weiter auf Seite 9)

Internationale Jugendralley 2001

Jugendliche radeln für die Umwelt durch Osteuropa

Im Sommer 2000 organisierte die SRzG im Rahmen des Europäischen Jugendkongress 2000 eine Fahrrad-Rallye. Die Route verlief von Hannover (Tagungsort) über Berlin nach Warschau. Ziel war eine medienwirksame Übergabe der von den internationalen Teilnehmern verabschiedeten Resolution zu nachhaltigen Ansätzen in praktisch allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Die Rallye rief bei Teilnehmern und Beobachtern eine sehr positive Resonanz hervor. Info's dazu auch unter www.srzg.de

Neuaufgabe geplant

Aufgrund des großen Erfolgs plant YOIS Europe deshalb in Zusammenarbeit mit AEGEE für August 2001 eine weitere Rallye von Ungarn nach Rumänien entlang der Theiss. Die Region dort wurde im Januar 2000 durch einen Industrieunfall, verursacht von einem australisches Unternehmen, stark verseucht. Das international besetzte Rallyeteam und eine Route durch zwei europäische Länder machen deutlich, dass Umweltprobleme

(weiter auf Seite 2)

In dieser Ausgabe

Editorial, Impressum	2
GG-Preis der SRzG	3
Unterschriftenkampagne	4
Jugend denkt Zukunft	5
SRzG als Think-Tank	6
Civic Leaders Programm	8
Was ist NOAHTEC?	8
Bevölkerungswachstum	11

Berichte

GENie Workshop	13
JEF-Nizza Gipfel	13
Generationen-Verantwortung	15
n-tv Interview	16
Riesters Rentenreform	17
UNO Weltkonferenz	18

Veranstaltungen

EuropeanGreenWeek	18
Vorstandstreffen SRzG	18

Liebe Leser,

wir sind sehr an Ihrer Meinung interessiert. Mit Ihren Impulsen wollen wir „Generationengerechtigkeit!“ von Ausgabe zu Ausgabe kontinuierlich verbessern. Bitte schreiben Sie uns! GGI-Redaktion, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Fax -06171-95 25 66 oder unter: www.srzg.de/GGI Schreiben Sie uns bitte auch, wenn Sie uns neue Leser aus Ihrem Bekanntenkreis empfehlen können. Wir werden diesen dann unverbindlich und kostenlos dann vier Ausgaben zum Kennen lernen schicken.

Bücher/Debatten

SRzG: Die 68er	19
BALISTIER Straßenprotest	20
Einen Politiker mitnehmen ...	20

Interna

Neue Beiratsmitglieder	22
YOIS Europe sucht Logo	22
Homepage SRzG	22
Zustiftungen	23
Mitgliederwerbung	23
Aufnahmeantrag	24

EDITORIAL

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und Youth for Intergenerational Justice and Sustainability - Europe (YOIS Europe) haben beschlossen, zusammen ein Magazin mit dem Namen „Generationengerechtigkeit!“ herauszugeben. Damit hat Deutschland seine erste Zeitschrift, die sich dem Schlüsselthema „Generationengerechtigkeit“ widmet.

Das Ausrufungszeichen hinter dem Titel symbolisiert die Dringlichkeit des Themas – ein Schlachtruf soll es sein, so wie einst Liberté, Egalité, Fraternité. Denn tatsächlich ist das Leben auf Kosten kommender Generationen die zentrale Frage der Gegenwart. Unser Auftritt im Blätterwald wird hoffentlich zu einem Bewusstseinswandel von Politikern und anderen Entscheidungsträgern in Deutschland und Europa beitragen – damit auch noch deren Enkel ökologisch, finanziell und sozial intakte Lebensgrundlagen vorfinden.

Das Magazin kann von jedermann abonniert werden. Erstmals wird „Generationengerechtigkeit!“ auch allen Bundestagsabgeordneten zugesandt. Unsere Hoffnung ist, dass aus „Politikern“ – frei nach Churchill – „Staatsmänner/-frauen“ werden. Letztere denken nicht nur in Zeiträumen von Legislaturperioden, sondern in Zeiträumen von Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten.

Dies ist im Interesse kommender Generationen notwendig, denn die nach uns Lebenden werden selbst in ferner Zukunft noch von den Auswirkungen heutiger Entscheidungen betroffen sein. Diese Zeitschrift möchte einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass in einer Debatte im Bundestag über das „Heute“ das „Morgen“ nicht aus dem Blick gerät.

„Generationengerechtigkeit!“ wird vorerst folgende feste Rubriken haben:

1. Aktuelles zum Thema „Generationengerechtigkeit“
2. Berichte
3. Veranstaltungshinweise
4. Buchrezensionen
5. Interna

Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe und Ihr Feedback. Auch die Tür zur Redaktion steht immer offen für einen Besuch. Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihre GG! - Redaktion

SRzG:

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein Think-Tank (Ideenfabrik). Sie entwickelt konkrete Reformvorschläge, um zukünftigen Generationen die gleichen oder bessere ökologische, ökonomische und sozial intakte Lebensgrundlagen zu bieten. Die SRzG will dazu beitragen, das Wissen um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Deutschland und Europa zu vertiefen. Ergebnisse der Arbeit der SRzG sind im wesentlichen Positionspapiere und Bücher, die mit klaren Empfehlungen an die Politik und möglichen Zukunftsszenarien abschließen und in unterschiedlichen Medien veröffentlicht werden. Gegründet im November 1997 in Frankfurt am Main, bestand der Vorstand der „Jugendstiftung“ anfangs aus unter dreißigjährigen Schülern und Studenten, die Lobbyarbeit für Generationengerechtigkeit betrieben. Im September 2000 gliederte sich die SRzG auf in eine Stiftung (SRzG) und in einen Verein (YOIS). YOIS und die SRzG ergänzen sich wie zwei Puzzleteile.

YOIS-Europe:

Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe (YOIS Europe), gegründet im Herbst 2000, ist eine europäische Jugendorganisation (Altersgrenze für Vorstandsämter: 32 Jahre) für die Sicherung der Rechte der jungen und zukünftiger Generationen und die Europäische Integration. Wie die SRzG ist auch YOIS überparteilich.

YOIS verbreitet seine Visionen in öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Junge Menschen sollen sich so für die Themen Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und Europa zu interessieren beginnen. Geplant sind eine internationale Konferenz in Mazedonien, eine Fahrradrallye durch Ungarn und Rumänien, praktische Arbeit an alternativen Häusern und ein europäisches Buch der Zukunft. Die gemeinsamen Arbeitskreise mit der SRzG fördern kontinuierliche Diskussion und Meinungsbildung. Als Verein besitzt YOIS offene Strukturen, in denen die Mitglieder auf allen Ebenen aktiv werden können. Gegründet sind YOIS Mazedonien und YOIS Deutschland, in Planung befinden sich YOIS Polen, YOIS Rumänien und YOIS Moldawien. www.yois-europe.org

nicht an Staatsgrenzen Halt machen, sondern für die gesamte Staatengemeinschaft von Interesse sind.

Gegen das Vergessen

Durch dieses Projekt soll ein Problem wieder in die Öffentlichkeit gebracht werden, das aus den Medien und damit auch aus dem Bewusstsein der meisten Menschen schon wieder verschwunden ist. Natur und Bevölkerung leiden aber noch immer unter den verheerenden Folgen dieses Unfalls. Die Rallyeteilnehmer werden vor Ort mit Politikern, Vertretern von Unternehmen und der Bevölkerung sprechen und über ihre Erfahrungen in den jeweiligen Heimatländern berichten. In Zusammenarbeit mit Greenpeace ist ein mobiles Büro geplant, um eigene Proben in betroffenen Flussabschnitten zu entnehmen und von unabhängiger Seite analysieren zu lassen.

Internationale Kooperation

Durch die Kooperation mit AEGEE vor Ort wird die Unterbringung der Teilnehmer überwiegend in Privathaushalten erfolgen und so den internationalen Austausch weiter fördern. Gezielte Pressearbeit und ein unterstützendes, motorisiertes Organisationsteam werden die Radfahrer begleiten. *(weiter auf Seite 3)*

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Adresse siehe Redaktion
Chefredaktion: Jörg Tremmel (Vi.S.d.P.), F. Finkbeiner
Redaktion: Michael Bolk (mb), Frithjof Finkbeiner (ff), Armin Frey (af), Maja Göpel (mg), Achmed Ischiklar (ai), Julia Junger (jmj), Katharina Klausch (kk), Marc Laukemann (ml), Jörg Tremmel (jt), Martin Viehöver (mgv), Michael Zechmeister (mz)
Layout: Ursula Hauer, Ute Gierstorfer
Red. Bearbeitung und Lektorat: KorrekturService Sand, tel 0 81 91-2 23 01
Konzept und Umsetzung: Frithjof Finkbeiner
Druck: Druck & Gestaltung Eitzenberger, Auf dem Kreuz 11–13, 86152 Augsburg, Tel. 08 21- 50 21 10
Verlag: Eigenverlag, Oberursel, Adr. siehe Redaktion
Redaktionsanschrift: SRzG, YOIS-Europe, Postfach 5115, 61422 Oberursel, tel +49-61 71-98 23 67, fax +49-61 71-95 25 66, e-mail: info@srzg.de, www.srzg.de
ISSN: 1617-1799

Die Zeitschrift **GENERATIONENGerechtigkeit!** wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint viermal jährlich. Das Jahresabonnement beträgt DM 30. Für Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS-Europe ist der Jahresbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der Stiftung und des Vereins wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken oder Auszügen ist erlaubt. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

Jugend will Interesse wecken

Die positive Grundeinstellung sowie auch die klare Kritik der Jugend sollen die Öffentlichkeit überzeugen, sich mehr für eine ökologisch nachhaltige Lebensführung zu interessieren und einzusetzen. Alle, die sich in aktiver Form als Vorbereiter, Organisatoren oder Radfahrer beteiligen möchten, sind dazu herzlich eingeladen! Im Bereich Fundraising (finanzielle Spenden oder Sachmittel) wird noch Unterstützung benötigt. Geleitet wird das Projekt vom YOIS-Europe-Vorstand Valentin Precup (Rumänien) Kontakt: info@yois-europe.org (Maja Göpel, YOIS-Europe)



Jugendralley für die Umwelt

Preis für Generationengerechtigkeit von der SRzG

Nachhaltige Verankerung des Themas der Generationengerechtigkeit im Bewusstsein von Juristen – SRzG schreibt einen mit DM 15.000.– dotierten Generationengerechtigkeitspreis aus

Wer, was, wo und wie?

Das Verleihen von Preisen dient schon lange nicht mehr nur der Förderung junger Wissenschaftler oder der Ehrerbietung anerkannter Persönlichkeiten für vollbrachte Leistungen. Bereits der französische Schriftsteller Francois de La Rochefoucauld (1613-80) wusste: „On ne loue d'ordinaire que pour être lou.“ (Gewöhnlich lobt man, um gelobt zu werden.)

Wie die Preisflut der letzten Jahre deutlich macht, setzen immer mehr Unternehmen, politische Stiftungen, gemeinnützige Vereine und sonstige Einrichtungen diese Erkenntnis um und nutzen die Verleihungen immer stärker als Werbemittel im Rahmen ihrer Kommunikation, um auf ihre eigenen Anliegen aufmerksam zu machen.

Auch die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen SRzG greift auf dieses altbewährte Instrument zurück, um das Thema Generationengerechtigkeit voranzubringen. Angeregt und finanziert durch die Stiftung Apfelbaum, Lernprojekt für Ko-Evolution und Integration, vergibt die SRzG erstmalig im Jahr 2001 und dann alle zwei Jahre einen Preis für Generationengerechtigkeit in Höhe von insgesamt 15.000 DM. Einsendeschluss wird voraussichtlich der 31. Oktober 2001 sein. Die Preisverleihung erfolgt durch renommierte Wissenschaftler und Praktiker und ist für das Frühjahr 2002 vorgesehen.

Ziel des Preises

Mit dem Preis will die Stiftung die gesellschaftliche Diskussion fördern, ihr eine wissenschaftliche Grundlage verleihen und ihr Handlungsperspektiven eröffnen. An der Notwendigkeit einer verstärkten Diskussion um eine nachhaltige, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen berücksichtigende Politik kann kein Zweifel bestehen.

Die Preisfrage orientiert sich am wissenschaftlichen Anspruch der SRzG als „Think-Tank“ und lautet daher:

Wie kann ökologische Generationengerechtigkeit im Grundgesetz stärker verankert werden als bisher?

Dabei sollten die Teilnehmer folgende Grundfragen beachten:

- 1) Warum sollte ökologische Generationengerechtigkeit *im Grundgesetz* stärker verankert werden als bisher?
- 2) Wie kann ökologische Generationengerechtigkeit inhaltlich im Grundgesetz stärker verankert werden als bisher?
- 3) Wie müssten die Formulierungen von zu ergänzenden oder zu verändernden Artikeln des Grundgesetzes und seiner Präambel konkret lauten? Bitte stellen Sie hier das Ergebnis (also die veränderten oder ergänzten Teile des Grundgesetzes) voran, und liefern Sie dann eine ausführliche, wissenschaftliche, aber allgemeinverständliche Begründung mit Quellangaben.

- 4) Wie kann Ihr Vorschlag für eine stärkere Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit im Grundgesetz politisch durchgesetzt werden? Berücksichtigen Sie hierbei auch die Arbeiten der Verfassungskommission.

Was ist zu tun?

Prämiert werden Arbeiten zu ausgewählten Fragestellungen der Generationengerechtigkeit, der ökologischen und der finanziellen Nachhaltigkeit. Neben der umfassenden Behandlung der aus diesem Komplex ausgewählten Themen müssen die eingereichten Arbeiten detaillierte Lösungsvorschläge, z. B. eine konkrete Formulierung für die Neufassung eines Gesetzes, enthalten. Die Arbeiten müssen eine Strategie für die politische Durchsetzung der vorgeschlagenen Lösung enthalten.

Wer ist angesprochen?

Die Ausschreibung des Preises richtet sich in erster Linie an „junge Wissenschaftler“, da durch sie originelle und neue Lösungsvorschläge zu erwarten sind. Obwohl die Mehrzahl der Einsendungen von Studenten, Doktoranden und jungen Wissenschaftlern kommen dürfte, so ist der Teilnehmerkreis doch nicht auf diese Gruppen beschränkt. Auch Professoren oder Schüler können teilnehmen. Entscheidend ist die ambitionierte Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Arbeiten werden – wie in angesehenen wissenschaftlichen Magazinen üblich – „blind“ bewertet, d. h., die Mitglieder der Jury wissen beim Lesen der Arbeit nicht, wer sie geschrieben hat, eventuelle Titel o. ä. fließen nicht in die Bewertung ein. *(weiter auf Seite 4)*

Warum ein ausschließlich juristisches Thema?

Die Beschränkung der Preisverleihung zunächst auf juristische Themen mit interdisziplinärem Ansatz ist darauf zurückzuführen, dass dieses Thema von der SRzG bereits vor einiger Zeit aufgegriffen wurde (vgl. Tremmel/Lux/Laukemann, Die Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz – Vorschlag für einen erneuerten Art. 20 a GG, in: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) 1999, Seite 432 ff.) und auf große Resonanz bei der Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin stieß (vgl. ZRP 2000, S. 33), sondern auch in der juristischen Literatur (Menzel, ZRP 2000, 308).

Die Justizministerin hatte die SRzG da-

raufhin zu einem sehr interessanten persönlichen Gespräch eingeladen und dabei die Bedeutung des Themas Generationengerechtigkeit für Politik und Justiz anerkannt und sich bereit erklärt, die Schirmherrschaft für die Preisverleihung zu übernehmen. Außerdem ermöglicht sie den drei Gewinnern des Wettbewerbs ein Praktikum in ihrem Ministerium.

Wie geht es weiter?

Mit einer feierlichen Preisverleihung wird aber das Thema „Ökologische Generationengerechtigkeit im GG“ für die SRzG noch nicht erledigt sein: Die eingereichten und prämierten Arbeiten werden im Internet zur Diskussion gestellt und eventuell in einem Buch

zusammengefasst. Die in den Arbeiten gefundenen Antworten sollen weiterentwickelt und als fundierte Position der SRzG in die zuständigen Gremien der Legislative (Bundestag und Bundesrat) getragen werden. Dazu ist bereits heute eine breite Unterstützung in der Bevölkerung und die Mithilfe aller Interessierten notwendig. Weitere Informationen über den Stiftungspreis unter www.SRzG.de

(Marc Lankemann, SRzG)

Er wusste nicht, dass es unmöglich ist, also hat er es gemacht.

Jean Cocteau

Unterschriftenkampagne zur Verankerung der Generationengerechtigkeit im Grundgesetz

Die SRzG hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für nachrückende Generationen auch im Grundgesetz zu verankern.

Mit einer Unterschriftenkampagne werben die SRzG und YOIS Deutschland für bundesweite Unterstützung ihres Vorhabens, den Art. 20 a des Grundgesetzes zu ändern.

Die deutsche Verfassung enthält einen an den Menschenrechten orientierten Grundrechtekatalog, der die unveräußerlichen Rechte jedes Einzelnen schützt. Dieser Schutz bezieht sich jedoch nur auf

bereits geborene Individuen. Der Aspekt künftiger Generationen als schützenswerte Rechtssubjekte wird dabei nicht erfasst.

Selbst der 1994 in das GG eingeführte Art. 20 a ist lediglich als vages Staatsziel formuliert. Konsequenz ist, dass vor dem Bundesverfassungsgericht nur Bundes- oder Länderorgane bzw. ihre Mitglieder klagen können, es dem einzelnen Bürger jedoch verwehrt bleibt.

Die Forderung nach Generationengerechtigkeit ist so zu verstehen, dass keine nachrückende Generation gegen-

über früheren Generationen benachteiligt werden soll. Die SRzG hält eine Präzisierung des Art. 20 a GG insofern als notwendig, als dass das Recht zukünftiger Generationen, ihr Leben auf einem ökologisch gesunden, biologisch vielfältigen Planeten zu verbringen, gesichert wird. Ein entsprechend dieser Zielsetzung geänderter Artikel 20 a GG würde lauten:

Art. 20 a (neu): Schutz der Rechte nachrückender Generationen

(1) Der Staat schützt die Rechte und Interessen der nachrückenden Generationen im Rahmen der verfassungsmäßigen

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich „Die Erklärung für die Rechte zukünftiger Generationen“

Name	Vorname	Straße	PLZ, Ort	Unterschrift
1. _____	_____	_____	_____	_____
2. _____	_____	_____	_____	_____
3. _____	_____	_____	_____	_____
4. _____	_____	_____	_____	_____
5. _____	_____	_____	_____	_____

Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

(2) Er gewährleistet, dass schädlich wirkende Stoffe die Umweltmedien Luft, Wasser, Boden und Atmosphäre nur so weit belasten, als diese sie aufgrund ihrer natürlichen Regenerationsfähigkeit im entsprechenden Zeitraum wieder abbauen können.

(3) Er gewährleistet, dass erneuerbare Ressourcen nicht stärker genutzt werden, als sie sich erneuern. Nicht erneuerbare Rohstoffe und Energieressourcen müssen so sparsam wie mit vertretbarem Aufwand möglich genutzt werden.

(4) Er trägt Sorge dafür, dass keine Gefahrenquellen aufgebaut werden, die zu Schäden führen können, die nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand beseitigt werden können.

(5) Er gewährleistet, dass die bestehende Vielfalt sowohl von Tier- und Pflanzenarten als auch von Ökosystemen nicht durch menschliches Handeln verringert wird.

(6) Verstöße gegen die Absätze 2 bis 5 sollen bei grenzüberschreitenden Umweltproblemen durch eine quantitativ und qualitativ vergleichbare Kompensation im Ausland ausgeglichen werden.

In dieser Form wäre die deutsche Verfassung beispielhaft für andere Staaten und übergeordnete Rechtsordnungen auf der Welt.

Eine genauere Erläuterung der Forderungen sowie eine Stellungnahme der Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin sind in der Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP), einer Beilage der NJW auf S. 432, Heft 10/1999 nachzulesen.

Letztlich kann das Grundgesetz nur von Bundestag und Bundesrat geändert werden. MdB Ernst-Ulrich von Weizsäcker, SPD, unterstützt den Vorschlag für eine Grundgesetzänderung und fungiert als Kontaktperson. Die SRzG und YOIS bitten alle Bundestagsabgeordneten, sich an ihn zu wenden und das Anliegen zu unterstützen.

Jeder kann die Aktion unterstützen

Bitte den nebenstehenden Abschnitt ausschneiden, selbst unterschreiben sowie von möglichst vielen Freunden und Bekannten unterschreiben lassen und einschicken an YOIS, Postfach 5115, 61422 Oberursel.

(Katharina Klausch, YOIS-Deutschland)

Visionen für die Welt von morgen Junge Menschen denken über die Zukunft nach – ein europäisches Buchprojekt

Ein neues Jahrhundert, ein neues Jahrtausend hat begonnen! Diese Zeitenwende strahlt etwas Magisches aus. Wie von einem Berggipfel kann man nach vorne und auch zurückschauen: Was brachte dieses ruhelose und ruchlose letzte Jahrhundert? Was erwarten, was erhoffen wir uns heute von der Zukunft? Der Jahrtausendwechsel gibt Gelegenheit, die neue globalisierte Welt gründlich zu reflektieren.

20 junge Autorinnen und Autoren aus zehn verschiedenen Ländern haben sich zum Ziel gesetzt, daraus mehr zu machen als eine bloße Episode kollektiver Träu-

3) Wie wird und soll die Entwicklung von Wissenschaft und Technik weitergehen?

Zwei übergreifende Fragen dienten dazu, die Autoren weiter zu inspirieren:

4) Wie hältst du es mit Utopien?

5) Was soll unsere Generation in Zukunft anders machen als die vorigen Generationen?

Die Mühen haben sich gelohnt: Herausgekommen ist ein spannendes Mosaik von persönlichen Lebensentwürfen bis zu Zukunftskonzeptionen, das der „Europäer“ und Soziologe Lord Dahrendorf mit einem Nachwort abrundet. Das Sekretariat



meri. Sie beantworten alte Fragen neu und fordern auf, unser gegenwärtiges Handeln ernsthaft auf den Prüfstand der Zukunftsfähigkeit zu stellen. Erstmals melden sich damit diejenigen zu Wort, die auch in einem halben Jahrhundert noch aktiv die Zukunft gestalten werden – und bereichern so den Diskurs über die Welt von morgen um eine neue Perspektive.

Von über 30 eingesandten Essays wurden für diesen Sammelband die besten 19 Artikel ausgewählt. Sie stammen von Autorinnen und Autoren aus acht europäischen Ländern: Deutschland, England, Frankreich, Jugoslawien, Nordirland, Österreich, Russland und der Ukraine. Zwei Artikel aus Mexiko und Brasilien ergänzen das Thema um einen nichteuropäischen Blickwinkel. Die Autorinnen und Autoren, im Durchschnitt 22 Jahre alt, wurden gebeten, in den Artikeln ihre Gedanken, Meinungen und Visionen zu den folgenden drei Fragen zu präsentieren:

- 1) Was bedeutet ein glückliches Leben für dich?
- 2) Welche Perspektiven siehst du für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in deinem Land und in ganz Europa?

für Zukunftsforschung (www.sfz.de), eine der wenigen wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland die sich ausschließlich der Erforschung der Zukunft widmen, ordnet dieses Projekt in seine Reihe zur Zukunftsforschung ein.

Die deutsche Ausgabe des Buches wird Ende März 2001 erscheinen, die englische einige Monate später. Herausgeber sind YOIS Europe und das Sekretariat für Zukunftsforschung. Julia Junger und Arne Weiß geben über info@vois-europe.org gerne weitere Auskünfte und freuen sich über Vorbestellungen.

(Julia Junger, YOIS-Europe)

„Nur wer vom Weg abkommt, lernt die Gegend kennen.“

„Viele kleine Leute, an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern.“

Standortbestimmung – Think-Tank

Nicht jede Diskussionsgruppe ist ein Think-Tank – transparente Kriterien für Effizienz und Erfolg sind nötig

Die SRzG versteht sich als Think-Tank und Ideenpool, so heißt es in unserer Selbstdarstellung. Aber wie ist ein Think-Tank eigentlich definiert? Diese Frage war auf einem Treffen von rund 50 Think-Tanks im polnischen Krzywowa (Kreisau), veranstaltet vom AK Demokratie, dem German Marshall Fund und Europe2000+, durchaus umstritten. Nicht jede Gruppe von Individuen, die im Internet über ein Thema diskutiert, ist ein Think-Tank, so viel ist klar. Der Think-Tank-Forscher Martin Thunert liefert folgende Definition:

„Think-Tanks sind privat oder öffentlich

finanzierte praxisorientierte Forschungsinstitute, zu deren Hauptaufgaben die wissenschaftlich fundierte, häufig interdisziplinär angelegte Untersuchung und Kommentierung eines breiten Spektrums politisch relevanter Themen gehört. Als politischer Think-Tank kann ein Forschungs- und Beratungsinstitut dann gelten, wenn es dazu beitragen will, die Prozesse der öffentlichen Themensetzung und der politischen Entscheidungsvorbereitung beratend mitzugestalten, ganz gleich in welchem Politikfeld.“

Die Definition beantwortet nicht alle Fragen abschließend. Ist z. B. Greenpeace ein

Think-Tank? Ihren Ursprung als Schlauchboot fahrende Walschützer haben die Aktivisten beibehalten, aber inzwischen werden sie auch regelmäßig in den Medien befragt, wenn es um die Einschätzung von gefährlichen Chemikalien geht. Das Greenpeace-Magazin vermittelt eine Fülle von Analysen und Hintergrundwissen, was nicht so recht zu der Aktionsorientierung passen. Oder ist die Max-Planck-Gesellschaft ein Think-Tank? Ihr Feld ist die wissenschaftliche Forschung, nicht das Lobbying. Aber mit zunehmender Komplexität der Themen wächst auch ein Bedarf an Forschern, die sich mediengerecht ausdrücken können und zu ihrem Fachgebiet, sei es nun BSE oder Gentechnik, politische Empfehlungen abgeben.

Erfolgskriterien für Think-Tanks

Satzungsmäßiges Ziel, z. B. *Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit schaffen*

Publikationen

- Zahl der produzierten Positionspapiere
- Zahl der Bücher/Zeitschriften
- Qualität der Publikationen
- Verkaufszahlen der Publikationen
- Wichtigkeit der Leser der Publikationen

Monetäre Größen

- Umsatz, Umsatzsteigerung
- Gewinn (bei gewinnorientierten TTs)
- Grund-/Stiftungskapital,
- Steigerungsrate
- Unterstützung der ständigen Förderer
- Einnahmen durch andere Quellen

Einfluss

- Grad des Respektes bei Zielgruppe/ Gesamtbevölkerung
- Zahl der Einladungen zu Konferenzen/ Panels/Hearings
- Zahl der Kommission, in die man gebeten wird
- Zahl der “friends” in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Kunst
- Bekanntheitsgrad bei der Zielgruppe und in der Öffentlichkeit

Medienpräsenz

- Zahl der ausgegebenen Pressemitteilungen
- Journalisten im Verteiler
- Zahl der Presseartikel/abgedruckten Pressemitteilungen
- Hits auf der Webseite

Personal/Mitglieder

- Zahl der Aktiven (z. B. Vorstand, wiss. Beiratsmitglieder, Festangestellte)
- Qualität der Aktiven
- Motivation der Aktiven
- Zahl der ständigen Förderer im Förderkreis
- Zahl der Interessierten auf den Mailinglisten

Aktivitäten/Maßnahmen *Mittel, um den Zweck zu erreichen*

- Kongresse/Tagungen/Symposien organisieren
- Projekte oder „Aktionen“ durchführen
- Publikationen veröffentlichen
- Pressemitteilungen herausgeben
- usw.

Think-Tanks in Deutschland

Vielleicht wird es klarer, wenn man sich vor Augen hält, welche Institute in Deutschland konkret als Think-Tanks bezeichnet werden. Als Beispiele nennt Dr. Thunert das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, das Deutsche Übersee-Institut, das Centrum für Angewandte Politikforschung München, das DIW, die Hes-

sische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, die Stiftung Wissenschaft und Politik, das Wuppertal Institut und das Institut für Entwicklung und Frieden.

Aufgrund dieser Vorüberlegungen definiert die SRzG den Begriff Think-Tanks folgendermaßen:

1. Think-Tanks sind zwischen den beiden Sphären Politik und Wissenschaft ange-

siedelt. Sie benutzen eine andere, allgemein verständlichere Sprache als Wissenschaftler, auch wenn sie wissenschaftlich fundiert arbeiten. Sie stützen sich zwar auf dickleibige und jargonverliebte Detailstudien, aber nehmen zusätzlich die Mühe auf sich, daraus kurze, allgemein verständliche Positionspapiere, die klare Empfehlungen enthalten, zu formulieren.

Medienreferenz

Die SRzG hat durch ihre provokanten Aktionen und ihre seriöse inhaltliche Arbeit ein großes Medienecho in den vergangenen drei Jahren erreicht. Sowohl Tagespresse als auch Hörfunk und Fernsehen luden zu zahlreichen Interviews ein (Presse: mehr als 60, politische Talkshows: mehr als 100). Groß ist auch die Zahl der Fachaufsätze, die die Medien von den SRzG-Mitgliedern bezogen haben. Auf die Kontakte zu den Journalistinnen und Journalisten möchte die SRzG auch weiterhin bauen und verstärkt dazu die Aktivitäten, Informationen zu Projekten und Forschungsergebnissen unter anderem über die neuen Medien (Website, Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“) nach außen zu geben und mit den Medien und der Öffentlichkeit in einen Dialog zu treten. Den Pressespiegel können Sie bestellen unter www.srzg.de/gg!



2. Think-Tanks müssen nicht, können aber ein politisches Ziel haben. Im Fall der SRzG ist das die Generationengerechtigkeit. Eine parteipolitische Bindung ist für Think-Tanks zwar nicht gänzlich ausgeschlossen, schadet aber langfristig ihrer Glaubwürdigkeit.
3. Think-Tanks sind stärker forschungsorientiert als aktionsorientiert. So kann z. B. ein Think-Tank Hintergrundwissen zur Entwicklungshilfe erarbeiten, führt diese aber in der Regel nicht selbst in Entwicklungsländern durch.

Wann macht ein Think-Tank gute Arbeit?

Klarer wird noch, wie ein Think-Tank arbeitet, wenn man sich anschaut, mit welchen Indikatoren sein Erfolg zu messen ist. Hier kann unterschieden werden zwischen Output und Effekt. Der Unterschied zeigt sich an einer Kampagne des Maecenata Institutes für Dritt-Sektor-Forschung. Das Institut verfolgte in den letzten Jahren – zusammen mit anderen wie etwa dem Bund Deutscher Stiftungen – das politische Ziel, die Rahmenbedingungen für Stiftungen und Stifter zu verbessern. Der Vorsitzende, Graf Rupert von Strachwitz, gab dazu eine Vielzahl Interviews, schrieb Abgeordnete an, veröffentlichte Pressemitteilungen. Irgendwann wurde dann tatsächlich das entsprechende Gesetz geändert. Nun lässt sich zwar vermuten, dass die Kampagne von

Maecenata einen Einfluss darauf hatte, aber kaum jemand wird ihr ursächliche Wirkung zuschreiben. Nur selten lassen sich inhaltliche Stellungnahmen von Politikern auf das Wirken einzelner Wissenschaftler oder Institute zurückführen. Ein ähnliches Beispiel ist die Kampagne für eine generationengerechte Rentenreform der SRzG. Zwar ist die SRzG laut Financial Times (14.09.2000) der einflussreichste Think-Tank in diesem Bereich geworden und war zweimal bei Minister Riester und einmal bei Herrn Seehofer eingeladen – abgesehen von ca. 50 Talkshows und unzähligen Interviews und Zeitungsartikeln. Trotzdem wären wir sicher nicht so vermessen, die Zunahme des Bewusstseins der Politiker für ein generationengerechtes Rentensystem allein oder auch nur maßgeblich auf unsere Fahnen zu schreiben.

Wenn man den Erfolg eines Think-Tanks also nur schwer am Effekt messen kann, wie dann? Hier bietet sich der Output an, der misst, was eine Organisation alles unternommen hat, um einen gewünschten Effekt bzw. das satzungsmäßige Ziel zu erreichen.

Das Deutsche Übersee-Institut will die politischen Verhältnisse in überseeischen Ländern untersuchen, das Institut für Entwicklung und Frieden Handlungsanweisungen für Entwicklungshilfe geben, die SRzG Bewusstsein für Generationengerechtigkeit schaffen. Diese oberste

Zielebene wird ergänzt durch andere Zielebenen.

Reformbedarf von deutschen Think-Tanks.

Zielvorgaben und strategische Planung haben sich inzwischen in vielen Think-Tanks durchgesetzt. Aber noch immer wählen sich zu wenige Think-Tanks in Deutschland ihre Aufgabenstellungen und Themen eigenverantwortlich und unabhängig. Wer aber ausschließlich auf Anfragen aus der Politik oder Wirtschaft tätig wird, entwickelt kein eigenes kritisches Profil. Die Hand, die einen nährt, beißt man nicht. (Jörg Tremmel, SRzG)

Wenn man will, dass Menschen Schiffe bauen und in See stechen, so darf man ihnen nicht bloß Planken und Nägel geben. Man muss ihnen von fremden Ländern und neuen Horizonten erzählen. So lehre sie die Sehnsucht vom weiten Meer.

Saint-Exupéry

Civic Leaders Program Netzwerk der High-Potentials der Zivilgesellschaft

Die SRzG wird selbst noch von jungen und jung gebliebenen Leuten geführt (das gilt erst recht für YOIS). Eines ihrer Programme zielt darauf ab, ein Netzwerk von Personen zu initiieren, die Lust haben, gemeinsam an der Lösung der Zukunftsprobleme zu arbeiten.

Dieser Pool besteht aus besonders engagierten jungen Leuten, jungen Wissenschaftlern und den Vorsitzenden aller großen Jugendorganisationen. Auf den Punkt gebracht, lassen sich die Menschen in die-

sem Verteiler wohl am besten als die „High-Potentials der Zivilgesellschaft“ bezeichnen (deshalb auch „civic leaders“ im Vergleich zu „business leaders“).

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen betreibt diesen Verteiler als einen Service. Sie will ein Content-Lieferant sein, eine Denk- und Problemlösungsfabrik. Die SRzG hat einen Verteiler und eine E-Group eingerichtet. Junge Persönlichkeiten, auf die die SRzG aufmerksam geworden ist, werden

eingeladen und anschließend regelmäßig mit interessanten Terminen versorgt. So wurden in der Vergangenheit etwa Bewerbungsunterlagen für Kongresse im Ausland weitergeleitet, die Teilnehmern die Anreise und Unterkunft voll finanzieren. Den Civic Leaders wurde die Möglichkeit gegeben, bezahlte Aufsätze für Sammelbände zu schreiben, oder es wurde die Mitarbeit in einer Bildungskommission von Bund und Ländern offeriert. Auch Preisausschreiben aller Art, die sich an die Zielgruppe richten, werden hier regelmäßig kommuniziert. (jt, SRzG)

Was ist NOAHEC?

Autarkes Leben ohne Umweltbelastung – ein einzigartiges Experiment

Das Earthship [engl. Erdenschiff] ist ein Kind der 70er Jahre und wird seitdem ständig durch seinen Schöpfer, den amerikanischen Architekten Michael Reynolds, optimiert (www.earthship.org). Es ist ein Haus, besser eine Behausung, die ganz anders funktioniert als etwa ein Haus in Deutschland. Denn es produziert im Idealfall keinen Abfall und ist unabhängig von externer Energie- und Trinkwasserversorgung. So etwas funktioniert? Ja, und es ist bereits Realität geworden: in einem großen Wohnpark in den USA und an vielen weiteren Standorten weltweit, so auch an der spanischen Costa del Sol auf einem 100 Hektar großen Grundstück. Alte Autoreifen, Blechdosen, Schaumstoffplatten, Glasflaschen, Tonziegel, Holz und Steine bilden die Grundlage für ein Hightech-Gebäude, das ausgerüstet mit Solartechnologie, einem Zisternen-

system und anderen Feinheiten uns das Leben im 21. Jahrhundert erleichtern soll.

Projekt der Uni Kassel

Die Gestaltung einer Wohnanlage nach dem Earthship-Prinzip steht nun auch auf dem Lehrplan der Architekturfakultät der Universität Kassel. Auf dem Papier wird unter der Leitung von Prof. Dr. Gernrot Minkes (www.uni-kassel.de/fb12/fachgebiete/feb) ein Wohnpark entstehen, der ab Sommer 2002 im spanischen Bezirk Estepona Realität werden soll. Unterstützt wird das Projekt durch Prof. Ernst Ulrich v. Weizsäcker.

Unter der Leitung des nicht kommerziellen Unternehmens NOAHEC (www.noahtec.org) wird die Anlage später zum Schulungs- und Beratungszentrum für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Tourismus in bester

Lage, unweit von Malaga, Marbella und Gibraltar, trifft auf Bildung und zukunftsweisende Lebensart.

Jeder kann mitbauen

Ein (bisher) 12-köpfiges Team von Studenten verschiedener Fachrichtungen (u.a. Biologie, Grafikdesign, Wirtschaftswissenschaften, Ethnologie) wird ein Nutzungskonzept entwickeln, das nach innen wie nach außen Weitsichtigkeit demonstrieren wird. Gesellschaftliche Einbindung bekommt das Projekt durch die Teilnahme der Krähberg-Gesellschaft und YOIS-Europe. Die Erkenntnisse aus dem Arbeitskreis „Sustainable Lifestyle“ bereichern die Bildungsarbeit von NOAHEC. Jedermann ist willkommen, das Projekt zu unterstützen oder auch mitzubauen (ganz plastisch gemeint). Bei Interesse einfach bolck@yois-europe.org kontaktieren!

(Michael Bolck, YOIS-Europe)

Ehrung der SRzG durch die Theodor-Heuss-Medaille

Aus der Pressemitteilung der Theodor-Heuss-Stiftung: „Mit der 36. Verleihung der Theodor-Heuss-Medaille im Mai 2000 wurden Initiativen ausgezeichnet, die beispielhaft zeigen, dass junge Menschen in Deutschland und Europa die Erneuerung und lebendige Gestaltung der Demokratie zu ihrer Sache machen.“

Die SRzG steht somit in einer Reihe prominenter Preisträger wie Richard von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher, Václav Havel, Ignatz Bubis, Jürgen Habermas oder dem Deutschen Kirchentag.



Arbeitslosenquote von Jugendlichen höher ist als die der Gesamtbevölkerung? Ist es gerecht, wenn die jüngere Generation in der Rentenversicherung schlechter da steht, als die ältere? Wenn Jugendliche unter 18 nicht ihre Volksvertreter wählen dürfen? Wenn die junge Generation einen hoch verschuldeten Staat erbt? Wenn mehr als doppelt so viele Jugendliche wie Rentner Sozialhilfeempfänger sind? Ist es gerecht, wenn im Parlament, in den Führungsetagen von Unternehmen



und Zeitschriften-Redaktionen kaum Untervierzigjährige zu finden sind?“ Der Vertreter der älteren Generation konterte: „Ist es etwa gerecht, dass Ältere in ihrer Jugend selten in Urlaub fahren und noch seltener studieren konnten? Dass junge Start-up-Unternehmer schon mit 25 Multimillionäre werden können? Dass die Nachkriegsgeneration in Arbeitswochen von bis zu 80 Stunden die Trümmer wegräumen und aus dem Nichts wieder anfangen musste?“

Was ist gerecht?

Die Frage nach der Gerechtigkeit und nach welchen Maßstäben darüber entschieden wird, wird immer wichtiger. Der Begriff der „Generationengerechtigkeit“ hat Konjunktur. Seit den Anfängen der Ökobewegung werden die Rechte und Interessen künftiger Generationen als Argument beschworen. Inzwischen vergeht auch keine Haushaltsdebatte mehr im Bundestag, ohne dass Finanzminister Hans Eichel mindestens viermal „Generationengerechtigkeit“ als Argument benutzt, um seinen Sparkurs zu begründen. Die FDP entdeckte das Thema

bereits 1997 in ihren „Wiesbadener Grundsätzen“, in denen der Begriff – auf die Rente bezogen – zweimal vorkommt. Die Bündnisgrünen, aber auch die SPD, werden dem Begriff in ihren neuen Grundsatzprogrammen einen zentralen Stellenwert geben. Aber je mehr über das Thema geredet wird, desto mehr verschwimmt, was eigentlich gemeint ist. Generationengerechtigkeit wird in vielen Sonntagsreden nur oberflächlich definiert und zum Teil schon als wohlklingende, konsensstiftende Leerformel benutzt.

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger

vorläufige mögliche Definition folgt dem Gleichbehandlungsgrundsatz und könnte lauten, dass es keine Generation besser oder schlechter haben soll als eine andere. Generationengerechtigkeit kann jedoch auch weitergehend definiert werden: Nicht nur eine „Nicht-Schlechterstellung“, sondern eine Besserstellung kommender Generationen sei ethisch geboten und deshalb anzustreben. Die bisherigen Generationen haben Wachstum und Wohlstandszunahme erfahren, sie sollten im Sinne der Gerechtigkeit dafür sorgen, dass dies auch für zukünftige Generationen möglich bleibt. Es war und ist das Motiv vieler Eltern, dass es ihren Kindern einmal besser gehen soll. Es sollte auch das Motiv unserer ganzen Gesellschaft im Umgang mit zukünftigen Generationen sein. Auf den Punkt gebracht heißt das:

Eine generationengerechte Gesellschaft ist dann erreicht, wenn für jede zukünftige Generation die Entfaltungsmöglichkeiten und die Chancen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind, wie es die der vorherigen Generation waren.

Nicht alles, aber vieles ist steuerbar

Aber manchmal sind die Lebensumstände von Generationen schlicht das Ergebnis höherer Gewalt, etwa wenn eine neue, unbekannte Krankheit ausbricht oder einige Jahrzehnte später geheilt wird. Dagegen ist, z.B. in der Rentenversicherung sehr wohl auf Heller und Pfennig berechenbar, welche Generation besser gestellt ist und es ist auch möglich, eine

The best way to predict your future is to create it.

Generationen versteht sich als Think-Tank und gibt Bücher zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen heraus. Gleichzeitig ist sie Lobby für kommende Generationen. Die SRzG vereinigt über ihren Beirat, ihren Vorstand und ihre engagierten Fördermitglieder ein enormes Fachwissen zum Thema Generationengerechtigkeit (GG), das sie über dieses Buch der interessierten Öffentlichkeit, aber auch den Entscheidungsträgern zur Verfügung stellt. Sie will mit diesem Buch Orientierungshilfe geben und einer Entleerung des Begriffs entgegenwirken. So stellt der SRzG-Vorstand im Einleitungskapitel verschiedene Definitionen von GG dar und begründet, welche am zweckmäßigsten ist. Auch wird darüber diskutiert, wie man definieren kann, was gerecht ist.

Gleiches gleich, Ungleiches ungleich behandeln

Die meisten Gerechtigkeitsdefinitionen beinhalten Vergleiche zwischen zwei oder mehreren Subjekten, z. B. zwischen Männern und Frauen, Schwarz und Weiß oder Nord und Süd. Gleiches soll gleich, Ungleiches ungleich behandelt werden. Eine

Gleichbehandlung herzustellen. Allerdings ist dies nicht immer politisch gewollt oder durchsetzbar. Wenn eine kommende Generation also schlechter gestellt ist, so ist aus ethischer Sicht ganz entscheidend, ob – juristisch gesprochen – Fahrlässigkeit bzw. sogar Vorsatz der Vorgängergeneration der Grund dafür ist oder ob es „höherer Gewalt“ zuzuschreiben ist. Rechte für zukünftige Generationen sind nichts anderes als Verpflichtungen für gegenwärtige Generationen. Erstmals versuchte der Philosoph Hans Jonas („Das Prinzip Ver-

antwortung“) einen sittlichen Imperativ als Verpflichtung für heutige Generationen zu formulieren: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“

Da hier unklar ist, was mit „echtem menschlichem Leben“ gemeint ist, sollte dieses Prinzip klarer formuliert werden:

„Handle so, dass die Folgen deines Handelns den nachrückenden Generationen mindestens ebenso große Entfaltungsmöglichkeiten und Chancen zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse lassen, wie sie die heute herrschenden Generationen besitzen.“

Direkte und indirekte Vergleiche

Grundsätzlich ist zwischen direkten und indirekten Vergleichen zu unterscheiden. Im direkten Vergleich werden „Junge“ und „Alte“ von heute verglichen, z. B. indem man den Prozentsatz von Rentnern und von Unterdreißigjährigen, die jeweils Sozialhilfe beziehen, im Jahr 2000 vergleicht. Bei einem indirekten Vergleich wird dagegen Jugend mit Jugend verglichen. Dabei untersucht man den Anteil der Jugendlichen an der Sozialhilfe im Jahr 2000 und im Jahr 1970 – also dem Jahr, in dem die heute ältere Generation jung war. Wenn vor dreißig Jahren deutlich weniger junge Menschen von der Sozialhilfe lebten als heute, so ist dies ein Indiz dafür, dass damals weniger junge Menschen zu den relativ Armen der Gesellschaft gehörten, also auch ein Indiz für Generationenungerechtigkeit heute.

Solche Vergleiche und Evaluierungen unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit beziehen sich auf alle Elemente des kollektiven Erbes. Zu diesen Elementen gehören nicht nur die ökolo-

gischen Lebensgrundlagen, sondern auch die Infrastruktur, das Sach- und Bildungskapital, die Ersparnisse und Schulden, auch die Arbeitsplätze und sozialen Institutionen, die Tatsache etwa, ob in Familien die Kinder geschlagen werden etc. Sieht man einmal von der familiären Ebene ab und betrachtet die politische, so ist in mindestens sechs Politikbereichen das „Prinzip Generationengerechtigkeit“ unmittelbar relevant: Umweltpolitik, Finanzpolitik, Rentenpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik und Jugendpolitik.

Harte Zahlen statt weicher Parolen

Dass in all diesen Bereichen ein Leben auf Kosten nachrückender Generationen stattfindet, kann kaum bestritten werden, aber das Ausmaß wurde bisher noch nicht umfassend mit harten Zahlen quantifiziert. Dazu ist das Arbeiten mit Primärdaten notwendig, um etwa die Jugendarbeitslosenquote im Zeitablauf zu vergleichen (Bereich Arbeitswelt) oder die prozentualen Ausgaben des Staates für Bildung heute und 1970 (Bereich Bildung).

Anders als in ihren letzten Sammelbänden „Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt...“, „Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen“ und „Was bleibt von der Vergangenheit?“ (alle über das SRzG-Büro beziehbar, Telefon 06171-982367) lässt die SRzG diesmal nicht mehr ausschließlich die junge Generation zu Wort kommen – vielmehr suchen zusätzlich dazu Fachleute und Wissenschaftler aus zahlreichen Disziplinen eine Antwort auf die einleitende Frage. Das Motto lautet: „Den Mut zu Visionen mit der Mühe der Detailkompetenz verbinden.“

Übersicht über bisherige Beiträge

Dr. Martin Kalinowski analysiert die erwartbaren und berechtigten Interessen zukünftiger Generationen und leitet daraus ihre Rechte ab. Prof. Vittorio Hösle geht in seinem Beitrag den philosophischen Wurzeln des Gedankens der Generationengerechtigkeit auf den Grund. Dr. Herwig Unnerstall setzt sich kritisch mit der Frage auseinander, ob (zukünftige) Generationen moralische Subjekte sein können. Er plädiert dafür, nicht von den „Rechten von Generationen“ zu sprechen, da diese Rechte sich nicht von der Summe der Rechte zukünftiger Individuen unterscheiden. Generationen können als Gruppen keine Rechte haben, so Unnerstall, sondern allein die Rede von den Rechten zukünftiger Individuen ist sinnvoll.

Eine theologische Begründung für Generationengerechtigkeit versucht Andreas Scherbel. Er weist darauf hin, dass wir nicht ausschließen können, vor dem „Höchsten Gericht“ einmal nach unserem Umgang mit der Schöpfung und den Lebenschancen kommender Generationen befragt zu werden.

Die Psychologin Yvonne Russel überprüft empirisch, inwieweit das Reden von „Generationengerechtigkeit“ bereits die Einstellungen heutiger Bürger verändert hat. Am Beispiel der Klimaveränderungen wies sie mit Hilfe einer 353-Personenstichprobe nach, dass ein Bewusstsein für intergenerationale Ungerechtigkeiten existiert. Es konnte in ihrer Studie auch empirisch nachgewiesen werden, dass ein Bewusstsein für Generationengerechtigkeit zu energiesparendem Handeln in der Gegenwart motiviert.

Prof. Dr. Heinz Theisen analysiert als Politologe das Dilemma der Demokratie. Damit ist der tendenziell kurzfristige Handlungshorizont von Politikern gemeint, die das langfristig Notwendige oft unterlassen. Torge Hamken spricht Generationengerechtigkeit im völkerrechtlichen Kontext an. Prof. Dieter Birnbacher ordnet das Thema in den Kontext der übergeordneten philosophischen Frage: „Was ist Gerechtigkeit?“ ein.

Call for papers! Der Einstieg in das Buchprojekt ist noch ohne weiteres möglich. Das Buch soll die Leitfrage aus vielerlei Perspektive beantworten, wer glaubt, einen interessanten Aspekt beitragen zu können, ist herzlich willkommen. Eine kurze Mail an das SRzG-Büro verspricht eine schnelle Reaktion: info@srzg.de (Jörg Tremmel, SRzG)



Bereits 1997 erschien das erste Buch der SRzG, und im Geleitwort schreibt Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker:

Vier große UNO-Konferenzen endeten mit einem vorwärts gerichteten Aktionsprogramm oder Schlussdokument: Rio de Janeiro 1992, Kairo 1994, Beijing 1995 und Istanbul 1996. Doch die letzte Serie, New York 1997, endete mit einem Fiasko. Man wollte fünf Jahre nach Rio de Janeiro den Fortschritt beim Abarbeiten der Agenda 21 begutachten und stärken. Nichts kam heraus als die Erkenntnis, dass die Staatengemeinschaft nicht in der Lage ist, sich auf ein Programm für die „Nachhaltige Entwicklung“ zu einigen. Im Klartext: Die jetzige Generation hat nicht vor, sich um die zukünftigen Generationen zu kümmern. Es ist ein Skandal. Der darf nicht beschönigt werden!

Auch Deutschland spielt längst keine sonderlich positive Rolle mehr, wenn es um unsere ökologische Zukunft geht.

In dieser antiökologischen Großwetterlage ist es erfrischend, junge Autoren aus ganz verschiedenen politischen Lagern zu sehen, die entschlossen auf

das Recht der zukünftigen Generationen pochen. Die Staatsverschuldung gefällt ihnen ebenso wenig wie die ökologischen Lebenslügen der heute dominierenden Marktwirtschaft und die Prioritätensetzung des technischen Fortschritts, welche im Wesentlichen auf das Wegrationalisieren der menschlichen Arbeit ausgerichtet ist.

Dreierlei wünsche ich mir:

- dass das Buch weite Verbreitung findet und gelesen wird;
- dass sich die Vorstellungen der jungen Autoren gegen die heutige Politik der Alten durchsetzen;
- dass die Autoren, wenn sie einmal alt sind, immer noch die Rechte zukünftiger Generationen vertreten.

Weitere Themen des Buches sind die Rentenproblematik, die Staatsverschuldung, die Bildungskrise, die Jugendarbeitslosigkeit und die fehlende rechtliche Gleichstellung der jungen Generation. Sie werden von der überparteilichen Koalition junger Autoren zwischen 17 und 25 auf den Punkt gebracht.

(Frithjof Finkbeiner, SRzG)



Das Buch kann bestellt werden bei der SRzG

tel 06171-982367, fax -9525 66
oder Postfach 5115, 61422 Oberursel
für DM 15 inkl. Versandkosten in
Deutschland

Bevölkerungswachstum und Generationengerechtigkeit

In einem einzigen Menschenleben wird sich die Weltbevölkerung von zwei auf zehn Milliarden Menschen verfünffacht haben. Heute ist fast die Hälfte der Menschheit jünger als 25 Jahre, über eine Milliarde ist zwischen 15 und 24 Jahre – die Eltern der nächsten Generation.

Im letzten Jahr überschritt die Weltbevölkerung die Sechs-Milliarden-Marke. Nachdem die Erde 10.000 Generationen braucht um im Jahr 1927 zwei Milliarden Menschen zu beherbergen, hat sich die Weltbevölkerung seit 1960 verdoppelt und wächst jährlich um über 78 Millionen – zu 97 % in den Entwicklungsländern. Bis zum Jahr 2050 prognostizieren die Vereinten Nationen neun bis zehn Milliarden Menschen.

Was hat Bevölkerungswachstum mit Generationengerechtigkeit zu tun?

Wenn man Generationengerechtigkeit so definiert, „dass wir den nachrückenden Generationen mindestens ebenso große Entfaltungsmöglichkeiten und Chancen zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse hinterlassen wollen, wie sie die heute herrschenden Generationen besitzen“, so

wird zunächst nicht unmittelbar klar, warum wir Maßnahmen gegen das rasante Bevölkerungswachstum einleiten sollten. Hans Jonas nannte es sogar die „erste Pflicht“ einer jeden Generation, für die Generationenfolge zu sorgen. Aber die Menschheit ist gegenwärtig nicht vom Aussterben bedroht, ganz im Gegenteil droht ihr Wachstum die Tragfähigkeit der Erde zu sprengen. So lange es noch sicher ist, dass es eine Folgegeneration gibt, lässt sich mit dem Argument der Generationengerechtigkeit keine pronatalistische Geburtenpolitik rechtfertigen. Und die Generationenfolge wäre auch dann noch gesichert, wenn z. B. nur noch eine Milliarde Menschen die Welt bewohnen. Dies steht nicht im Widerspruch zu Hans Jonas, der lediglich philosophisch-theoretisch konstatiert, dass es immer eine Folgegeneration geben muss, damit es Generationengerechtigkeit

geben kann. Er würde sicher zustimmen, dass der Einzelne im Durchschnitt ein besseres Leben haben könnte, wenn es insgesamt nicht zu viele Menschen gäbe.

Welche Probleme entstehen durch die Überbevölkerung?

Die Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung zählt zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die globalen Getreideerträge pro Kopf stagnieren, die Getreideanbaufläche schrumpft. Bald wird ein Viertel der Weltbevölkerung in Ländern leben, die von chronischer oder immer wiederkehrender Wasserknappheit betroffen sind. Auch die Waldflächen und damit die zur Verfügung stehenden Holzmengen pro Kopf haben sich in den letzten Jahren halbiert. Der Bevölkerungsdruck hat maßgeblich zu einer noch nie da

gewesenen Vernichtung von Lebensraum von Tier- und Pflanzenarten geführt. Von den heute sechs Mrd. Menschen verbrauchen wir, die eine Milliarde mit einem vorrats- und energieintensiven Lebensstil in den entwickelten Ländern, rund 80 % der Vorräte und hinterlassen rund 84 % des kritischen Schmutzes. Dabei verursachen besonders die stark zunehmenden Ein-Personen-Haushalte den größten Umweltschaden. Seit der Konferenz von Rio besteht weitgehend internationale Einigkeit, dass wir als Menschheit die Fähigkeit der Natur bereits überbeanspruchen, mit den Auswirkungen unserer material- und energieintensiven Wirtschaftsprozesse fertig zu werden. Hinsichtlich Klima, Wälder, Wasser, Agrarnutzung, Meeresvorräte, Artenvielfalt usw. verzehren wir längst das „Kapital“ der Natur, anstatt von den „jähr-



lichen Zinsen“ zu leben. Die soziale Ungleichheit ist maßgeblich für das nicht nachhaltige Leben in Entwicklungsländern verantwortlich. Wer jeden Tag ums Überleben kämpft, kann keine Vorsorge für seine Kinder und Enkel treffen. So mag es den Fischern, die in manchen unterentwickelten Teilen der Welt mit Dynamit fischen, durchaus bewusst sein, dass sie damit die Lebensgrundlage kommender Generationen zerstören. Aber sie wissen auch, dass sie selbst bald sterben werden, wenn sie heute nicht ihren Teller füllen können. In Zukunft, in einer globalisierten, vernetzten, offenen Wirtschaft, in der immer mehr Menschen auf dem gesamten Erdball erfolgreich an den Wertschöpfungsprozessen teilnehmen, zeichnen sich sogar noch gefährlichere Trends ab. Wir

müssen uns darauf einstellen, dass wir mit dem Zusammenwirken zweier explosiver Wachstumseffekte kämpfen müssen, die wir heute bereits miterleben:

- 1) ein immer ressourcenintensiverer Lebensstil im „Norden“ und
 - 2) eine schnell wachsende Weltbevölkerung und immer mehr Menschen im „Süden“, die erfolgreich den ressourcenintensiven Lebensstil des Nordens ansteuern und erreichen.
- Die Kombination dieser beiden schnell wachsenden Trends schafft eine neue Situation. Die Globalisierung bereitet den Weg für einen weltweiten Mittelstand mit einem vernünftigen Lebensstandard, der etwa vier bis fünf Milliarden Menschen umfasst, die in einer Welt von etwa zehn bis zwölf Milliarden Menschen im Jahr 2050 bis 2100 leben.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

Ein soziales Entwicklungsprogramm muss die gefährlichen Trends, die ein weiteres Bevölkerungswachstum verursachen, in zwei kritischen Bereichen bekämpfen: Es muss erstens das Recht begründen, die Größe der eigenen Familie selbst zu bestimmen, inklusive der notwendigen Information und der tatsächlichen Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln zur Umsetzung, und zweitens so weit es geht die sozialen Einflussfaktoren außer Kraft setzen, die heute die „freiwilligen“ Entscheidungen in Richtung einer höheren Kinderzahl beeinflussen, nämlich fehlende soziale Sicherheit, fehlende Rentensysteme usw.

Tatsächlich kann dieser Ansatz mittelfristig sogar zu einer abnehmenden Weltbevölkerung führen. Wenn wir diesen Weg beschreiten und ein neues Welt-Ordnungs-System (vgl. PP Global Governance) einführen, könnte uns das auch zu einer Art Weltbürgertum bringen, mit entsprechenden wechselseitigen Verpflichtungen zwischen denen, denen es gut geht, und denen, die Not leiden. Dies ist notwendig in einer Welt, in der wir letztendlich alle zusammengeschlossen sind durch ein globales Wirtschafts- und Ökosystem, in der jeder in der Lage ist, den anderen zu verletzen, und die Zukunft nicht länger teilbar ist. Wir werden Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenwürde für alle zusammen erreichen oder für niemanden.

Die große Verantwortung des Einzelnen liegt darin, sich mit anderen zusammenzuschließen und bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Das ist kein hoffnungsloser Fall: Bürgerschaft und

nichtstaatliche Organisationen konnten schon immer viel verändern, wenn sie die richtigen Beziehungen haben und Allianzen bilden mit Wissenschaft und Industrie und sich gegenseitig mit der Politik austauschen, besonders, wenn die Zeit reif und zu Handeln notwendig ist.

Ein Schneballsystern initiieren


Wir müssen uns ein Grundprinzip vor Augen führen: Wenn es einer Person gelingt, die Haltung und Denkweise nur einer einzigen anderen Person zu verändern, und beide bewirken eine Veränderung bei zwei weiteren Menschen pro Monat und immer so fort, dann würde es nur 33 Monate dauern bis die gesamte Menschheit das gemeinsame Ideal teilen würde ($2 \text{ hoch } 33 = 8 \text{ Milliarden}$). Und selbst, wenn nur eine Bewusstseinsveränderung pro Jahr statt pro Tag stattfinden würde, wären es immer nur noch 33 Jahre. Also ist der Veränderungsprozess keine unmögliche, eher eine zwingende Aufgabe, von deren Erfolg ein solides Fundament für ein besseres Leben für die zukünftigen Generationen abhängt.

SRzG und YOIS engagieren sich für die Rechte zukünftiger Generationen und sind damit prädestiniert, sich dieser wohl größten Herausforderung der Menschheit zu stellen. Wie viel mehr als diese Grundrichtung können wir erreichen, wenn wir gezielt unsere Netzwerke mit anderen Jugend- und Studentenorganisationen einsetzen, um bei den zukünftigen Führungspersonlichkeiten und Meinungsbildnern Bewusstsein für diese Herausforderung und ihre Lösungsansätze zu schaffen, ebenso wie bei den heute Verantwortlichen.

Der Artikel entstand in Zusammenarbeit mit Prof. Franz Josef Radermacher, FAW Ulm. Das Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe im Mai 2001 von Generationengerechtigkeit! ist das Weltbevölkerungswachstum.

(Frithjof Finkbeiner, SRzG)

Weitere Informationen zum Thema Weltbevölkerungswachstum finden Sie bei der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) unter www.dsw-online.de



Deutsche Stiftung **WELTBEVÖLKERUNG**

GENie-Trainings-Course in Barcelona UNESCO und Club of Rome schulen im „Zukunftslesen“

Werden Äthiopien und Ägypten in den nächsten 20 Jahren Krieg gegeneinander führen?

Um diese Frage zu beantworten, muss man wissen, dass der Nil 95 % der gesamten Wasserressourcen liefert, die Ägypten zur Verfügung stehen. Regen fällt kaum, die Meerwasserentsalzung fällt nicht ins Gewicht. Alle Felder werden künstlich bewässert.

Durch das fruchtbare, durch den Assuan-Staudamm gebändigte Nilwasser erzielt Ägypten fantastische Ernten (6,4 Tonnen Getreide/Hektar; 4,6 t/ha in den USA, 1,6 in Äthiopien).

Wie man erst vor kurzer Zeit entdeckte, kommen 80 % des Wassers des Blauen Nils aus Äthiopien. Dabei ist es eines der ärmsten Länder der Erde und bewässert bisher erst 2 % seiner Felder künstlich, nennenswerte Großdämme existieren noch nicht. Die Bevölkerung wächst in Äthiopien (durchschnittlich 7 Kinder pro Frau) doppelt so schnell wie in Ägypten, der Bedarf an Nahrung ebenso.

Was liegt nun näher, als dass Äthiopien Dämme baut, um das Nilwasser für die Bewässerung seiner Felder zu nutzen? Damit könnte es seine Ernteerträge steigern und seine wachsende Bevölkerung versorgen.

Was dies allerdings für das Verhältnis beider Länder bedeutet, war den Teilnehmern des „1. GENie UNESCO Workshops für Universitätsprofessoren“ schnell klar: nichts Gutes!

In neuen Zusammenhängen denken

Damit solche Zusammenhänge besser verstanden werden und Multiplikatoren zu sammenhängendes Denken lernen, organisierte der UNESCO-Lehrstuhl für globale Probleme und nachhaltige Entwicklung an der technischen Universität Barcelona/Terrassa in Zusammenarbeit mit dem Club-of-Rome-Mitglied Prof. Mihajlo Mesarovic diese Veranstaltung vom 12. bis 16. Dezember 2000 in Barcelona. Mesarovic hatte 1974 in dem Best-



seller „Menschheit am Wendepunkt“ – nach „Grenzen des Wachstums“ das zweiterfolgreichste Buch des Club of Rome überhaupt – mit einem quantitativen Computermodell Krisen prophezeit und Politiker wacherüttelt. Die eingesetzte Software GlobeSight (Global Foresight) wurde in den letzten 27 Jahren konsequent weiterentwickelt und ist heute in der Lage,

zahlreiche Zukunftsprobleme der Menschheit abzubilden – vom Bevölkerungswachstum über den Treibhauseffekt bis hin zum austrocknenden Aralsee oder eben dem Konflikt um Nilwasser.

Um diese Technik bekannter zu machen, startete die UNESCO die Initiative GENie (Global-Problematique Education Network Initiative). GENie zielt darauf ab, ein Netzwerk von Institutionen aufzubauen, die GlobeSight praktizieren, evaluieren oder sogar weiterentwickeln. Inzwischen sind 12 Universitäten und Bildungseinrichtungen in allen Teilen der Welt an GENie beteiligt.

Auch die SRzG wurde exakt zu diesem Zweck eingeladen. Sämtliches Trainingsmaterial (Handbücher, Übungen, Lösungen) wurden auf CD-ROM und in einem dicken Ordner ausgehändigt. Darin inbegriffen auch PowerPoint-Vorträge über die Probleme der Welt, Rezensionen der Bücher des Club of Rome, Datenmaterial von der UNO, dem Worldwatch Institute usw.

Die hohen Erwartung, die der SRzG entgegengebracht werden, sind auch Verpflichtung für die SRzG. Die SRzG wird Entscheidungsträger von morgen in GlobeSight in einem einwöchigen Seminar 2002 schulen. Prof. Mihajlo Mesarovic, selbst auch Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der SRzG, bietet der SRzG an, dass die UNESCO die Schirmherrschaft über dieses Seminar übernimmt. (Jörg Tremmel, SRzG)

Demonstration für eine europäische Verfassung Jugendliche begleiten kritisch den EU-Gipfel in Nizza

Vom 7. bis 10. Dezember wurde von JEF Europa in Anlehnung an den Europäischen Rat in Nizza die „European Youth Convention“ organisiert. Die europäischen Staatsoberhäupter beabsichtigten, eine Reform der Verträge der Europäischen Union besonders im Hinblick auf die Erweiterung der EU zu erreichen, YOIS hingegen wollte die Idee einer gesamteuropäischen Verfassung, die auch die Rechte der zukünftigen Generationen berücksichtigt, vorantreiben.

Nationale Orientierung der Politiker

Die erste Diskussionsrunde führte nicht weit, da die meisten Redner nicht aufein-

ander Bezug nahmen, sondern nur ihre Beiträge herunterlasen. Der nächste Tag war interessanter. Er begann mit den Reden einiger Angehöriger des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Die meisten Redner sprachen jedoch Französisch – vereinzelt wurde sogar abgelehnt, Englisch zu sprechen obwohl die Kompetenz vorhanden war, und die Mehrheit der Anwesenden Französisch nicht verstand.

Martin Viehövers Frage an Thierry Cornillet, einen Delegierten der Charter Kommission, bezüglich der Berücksichtigung der Rechte der zukünftigen Generationen bei den Verhandlungen wurde

leider nicht beantwortet. Beim Publikum wurde aber Interesse für YOIS Europe geweckt.

Jugendvertreter sind sich einig

Die zweite Podiumsdiskussion verlief deutlich besser: Vorsitzende unterschiedlicher europäischer Jugendorganisationen und Bewegungen diskutierten die Themen „Europäische föderale Verfassung“, „Europäische Grundrechtscharta“ und „Erweiterung der Europäischen Union“. Alle waren sich einig, dass diese Herausforderungen verwirklicht werden sollten, und es herrschte die Hoffnung, dass die Stimmen künftiger Entscheidungsträger

von den Politikern vernommen werden. JEF mobilisierte ca. 1.200 junge Europäer, und zusammen mit anderen Pro-Europeans trafen sich ungefähr 3.000 Menschen in Nizza, die friedlich für eine gesamteuropäische Verfassung demonstrierten.

Gegen Ende der Veranstaltung sprachen einige berühmte europäische Politiker wie Daniel Cohn-Bendit – wiederum hauptsächlich auf Französisch, nicht in der “lingua franca” Englisch. Paolo Vacca, Präsident von JEF Europa, war der einzige junge Redner, der seine sehr engagierte Rede für ein föderales und demokratisches Europa auf Englisch hielt.

Generationsdifferenz in Europavision?

Generell hielten die jungen Redner in Nizza nicht so starr an ihrer Muttersprache fest, sondern suchten den integrierenden Austausch. Möglicherweise zeigt dies, wie bereit die junge Generation für Europa ist. Leider berichteten die meisten Medien nur über die wenigen gewalttätigen Aktivisten, die erst nach der eigentlichen Demonstration auffielen.



Der YOIS-Vorsitzende Martin Viehörer mit Kurs auf Europa

Veränderungen nach Nizza

Betrachtet man die institutionellen Reformen des Gipfels, so bleibt das Ergeb-

nis weit hinter dem zurück, was hätte erreicht werden können. Im Ministerrat erhalten große Länder wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien je 29 Stimmen, Spanien und Polen 27, kleinere Länder entsprechend weniger.

Die Beschlüsse des Rates haben dann Gültigkeit, wenn 71 % der Stimmen dem Antrag zustimmen (nach der Erweiterung 73 %). Auf Antrag eines Landes gilt der Entschluss nur, wenn die zustimmenden Länder 62 % der Gesamtbevölkerung der EU repräsentieren. Bezüglich des Sitzanteils im Europäischen Parlament behalten Deutschland und Luxemburg die ursprüngliche Anzahl an Sitzen, alle anderen verlieren bis zu 20 %. Die Größe des Parlaments erhöht sich mit der Erweiterung auf bis zu 732 Sitze. Das Europäische Parlament wird in dieser Form das zweitgrößte nach dem chinesischen sein. Die meisten Politiker scheinen weiterhin im alten Trott zu verbleiben und Europa ein „Ja - ABER“ entgegenzubringen. Nun liegt es an der Jugend zu zeigen, dass sie es anders kann. Eine verbindende Koalition aller europäischen Jugendorganisationen kann die vorhandene Zurückhaltung aufbrechen und durch eine konsequente Zustimmung zu Europa ersetzen. (mgv, YOIS)

Land	Sitze alt	Sitze neu	Minderung	Bevölkerung	Bev. pro Sitz
Deutschland	99	99		82.047.000	828.758
Großbritannien	87	72	-17,24 %	59.055.000	820.208
Frankreich	87	72	-17,24 %	58.847.000	817.319
Italien	87	72	-17,24 %	57.589.000	799.847
Spanien	64	50	-21,88 %	39.371.000	787.420
Polen		50		38.666.000	773.320
Rumänien		33		22.503.000	681.909
Holland	31	25	-19,35 %	15.698.000	627.920
Tschechien		20		10.295.000	514.750
Ungarn		20		10.114.000	505.700
Schweden	22	18	-18,18 %	8.852.000	491.778
Bulgarien		17		8.257.000	485.706
Griechenland	25	22	-12,00 %	10.515.000	477.955
Österreich	21	17	-19,05 %	8.078.000	475.176
Belgien	25	22	-12,00 %	10.204.000	463.818
Portugal	25	22	-12,00 %	9.968.000	453.091
Slowakei		13		5.391.000	414.692
Dänemark	16	13	-18,75 %	5.301.000	407.769
Finnland	16	13	-18,75 %	5.153.000	396.385
Irland	15	12	-20,00 %	3.705.000	308.750
Litauen		12		3.703.000	308.583
Lettland		8		2449000	306.125
Slowenien		7		1.982.000	283.143
Estland		6		1.450.000	241.667
Zypern		6		753.000	125.500
Malta		5		377.000	75.400
Luxemburg	6	6	0,00 %	427.000	71.167
Total	626	732	16,93 %	480.750.000	656.762
USA		435		270.299.000	621.377

**„Be the change
you want to see in
the world.“
Mahadma Ghandi**

Studienkonferenz „Generationen-Verantwortung“

Am 16.11.00 fand die Studienkonferenz „Generationen-Verantwortung – zur Debatte um einen vielschichtigen Begriff“ in Berlin statt. Die Konferenz wurde vom Staatsministerium Baden-Württemberg in Kooperation mit der Thomas-Morus-Akademie veranstaltet. Ausgangspunkt war der Abschlussbericht „Solidarität und Selbstverantwortung – von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft“ der baden-württembergischen Zukunftskommission Gesellschaft 2000. Diese Studienkonferenz verstand sich als Auftaktveranstaltung, der weitere, spezifischere Tagungen folgen sollen.

Auf der Tagung wurde zu folgenden Themen referiert:

Prof. Dr. Joachim Kreuzkam, Kulturmanagement, Hochschule für Musik Franz Liszt, Weimar: „Verantwortlich wofür? Philosophisch-praktische Akzentuierungen und Perspektiven“.

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer, Christliche Gesellschaftslehre, Ruhr-Universität Bochum: „Gerechtigkeit zwischen Generationen als wirtschaftliches Problem – ökonomische und sozial-ethische Aspekte“.

Prof. Dr. Stephan Hobe, Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht, Universität zu Köln: „Staatliche Verpflichtung oder subjektives Recht? - Generationenverantwortung: Eine Problemskizze des nationalen, europäischen und internationalen Rechts“.

Dr. Annette Schavan, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart: „Das Prinzip Nachhaltigkeit – Kulturelle, gesellschaftliche und bildungspolitische Dimensionen der Generationen-Verantwortung“.

Weitere Podiumsteilnehmer waren:

Dr. Thomas Gensicke, Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung, Speyer, Armin Frey M.A., Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Chronologisch hier nun einige Aspekte und Gedanken, die während der Veranstaltung formuliert wurden.

Im Begrüßungsvortrag stellte Frau Dr. Schavan die SRzG sehr positiv dar, indem sie sagte, dass die Publikationen der SRzG ihr in den letzten Monaten interessante Denkanstöße gegeben hätten.

Prof. Kreuzkam stimmte nachdenklich mit seiner Frage „Wozu nutzen wir die Freiheiten, die wir gewonnen haben?“

Prof. Wiemeyer stellte die Forderung auf: Wenn eine Familie keine Kinder hat, soll deren Rente um 50 Prozent gekürzt werden. Bei einer Ein-Kind-Familie sollen noch 25 Prozent abgezogen werden. Ohne Kinder (oder mit wenigen Kindern) habe die Familie mehr Geld zum Konsum zur Verfügung, das sie in die private Altersversorgung stecken könne.

Prof. Hobe prüfte, inwiefern der Begriff „Generationen-Verantwortung“ ein Rechtsbegriff sei. Als Bezug wählte er den internationalen, den europäischen und den nationalen Kontext und berichtete diesbezüglich von einem Urteil des obersten Gerichtshofs auf den Philippinen über die Abholzung des Regenwaldes. Das Gericht habe einer Verbandsklage stattgegeben, in der eine Gruppe als Vertreter der aktuell Lebenden und der zukünftigen Generationen aufgetreten war. In Bezug auf nationales Recht sprach er sich dafür aus, dass Art. 20 a GG konkretisiert wird. Er könne sich in diesem Zusammenhang einen Ombudsmann vorstellen, der auch die Möglichkeit zur Klage besitzt.

Dr. Schavan brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass ein Dialog zwischen den Generationen als intergenerationale Brücke fungiere und so einen Generationenkonflikt verhindern könne. Sie stellte daneben die Forderung auf, dass bei politischen Entscheidungen stets die Frage, was eine Entscheidung unsere Kinder kostet, mit bedacht werden solle.

Armin Frey stellte die Bedeutung von Global Governance für Generationengerechtigkeit dar. Er vertrat die Auffassung, dass eine lebenswerte und generationengerechte Zukunft nur durch

stärkere globale Strukturen in der Politik möglich sei. Ansonsten würde die globalisierte Wirtschaft in die Rolle des „Main Global Political Players“ schlüpfen und die politischen Rahmenbedingungen nach ihren Vorstellungen gestalten, ohne dabei an die Verantwortung für zukünftige Generationen zu denken. Die erste Prämisse der Wirtschaft wäre die Maximierung des Gewinns (oder einer ähnlichen Größe), nicht das von der Politik angestrebte Gemeinwohl. Deshalb müsse die heutige Generation auch in Verantwortung für die zukünftigen Generationen ihre Stimme für globale Strukturen in der Politik erheben. Diese Bedeutung verdeutlichte er anhand zweier konkreter Beispiele: den ökologischen Mindeststandards und den Abgasvorschriften für Pkws als ökonomisches Beispiel.

So ist es der SRzG auch bei dieser Veranstaltung gelungen, das Thema „Globalisierung/ Global Governance“ im Zusammenhang mit Generationengerechtigkeit erfolgreich zu platzieren.

(Armin Frey, SRzG)

**„Die Arbeit läuft dir nicht davon, wenn du deinem Kind den Regenbogen zeigst, aber der Regenbogen wartet nicht, bis du mit der Arbeit fertig bist.“
Chinesisches Sprichwort**



VOM GENERATIONENVERTRAG ZUM GENERATIONENKONFLIKT

DISKUSSION IM StadtSeniorenRat Stuttgart am 8.11.2000

Dass auch bei der älteren Generation große Zustimmung für die Ziele der SRzG vorhanden ist, bewies eine Veranstaltung des StadtSeniorenRats in Stuttgart. Moderiert wurde die Veranstaltung von Herrn Binder, dem Vorsitzenden und Geschäftsführer des StadtSeniorenRats. Zwei jeweils halbstündige Referate leiteten die Diskussion ein.

Dr. Martin Werding, ifo-Institut München, Forschungsbereich Sozialpolitik und Arbeitsmärkte, stellt ausführlich dar, von welchen Rahmenbedingungen die Entwicklung des Rentenniveaus und des Beitragssatzes abhängt. Dabei wurden auch die Auswirkungen der angedachten und bereits in der Vergangenheit verabschie-

deten Reformen im Bereich der Alterssicherung mit einbezogen.

In dem zweiten Referat legte Michael Zechmeister (SRzG) dar, was Generationengerechtigkeit bedeutet und wie sie in der gesetzlichen Rentenversicherung verwirklicht werden könnte (Teilungslösung). Auch die Auswirkungen der Ausweitung des Versichertenkreises der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) durch Einbeziehung von Berufsanfängern bisher ausgenommener Berufsgruppen wurde erläutert.

In der anschließenden Diskussion wurde die Teilungslösung als bemerkenswert einfaches und verständliches Rentenreformmodell gelobt, welches mehr Auf-

merksamkeit in der Politik finden sollte. Herr Dr. Werding stellte anschließend die Vorstellungen des ifo-Institutes vor, das zukünftig die Rentenhöhe nach der Anzahl der Kinder differenzieren möchte. Kinderlose sollen dann verstärkt private Vorsorge treffen, da sie ja die „Kinderkosten“ sparen. Ferner möchte das ifo-Institut den Beitragssatz auf 20 % begrenzen, was aber zwangsläufig ca. ab dem Jahre 2020 zu einer starken Herabsetzung des Rentenniveaus führen würde.

Erfreuliches Resümee: Eine Vielzahl der überwiegend älteren Zuhörerschaft sympathisierte offen sowohl mit den Vorstellungen des ifo-Institutes wie auch mit denen der SRzG. Von einem Generationenkonflikt war nichts zu spüren. (mz, SRzG)

„Fortschritt ist die Verwirklichung von Utopien.“
Osar Wilde

Interview in „Das Thema“ bei n-tv am 15.12.2000

Angesichts der neuen Vorschläge der Bundesregierung an diesem Tag wurde die SRzG zu ihrer Meinung befragt. Michael Zechmeister (SRzG) wurden hierbei fünf Minuten Zeit eingeräumt. Es wurden folgende Fragen gestellt:

Finden Sie es gut, dass der Abschlagsfaktor von Herrn Riester nun wohl abgeschafft wird?

Ja, denn bei diesem Faktor wären die Lasten des zukünftigen Finanzbedarfes einseitig auf die unter 55-Jährigen verlagert worden, was gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit verstoßen hätte.

Dann müsste doch der neue Vorschlag in Ihrem Sinne sein!?

Nein, ich fürchte, da ist eine „Milchmädchenrechnung“ aufgemacht worden. Schauen Sie her: Erst sagt die Bundesregierung, sie benötigt für ein Rentenniveau von 64 Prozent im Jahr 2030 einen Beitragssatz von 22 Prozent, nun soll plötzlich nach dem neuen Vorschlag mit dem gleichen Beitragssatz ein höheres Rentenniveau von 67 Prozent finanziert werden. Da stimmt etwas nicht. Die Zusammenhänge der Lastenteilung zwischen Jung und Alt werden nicht offengelegt. Es werden mal wieder „ungeddeckte Schecks“ ausgestellt.



Tremmel, Dieckmann, Zechmeister (v.l.n.r.) von der SRzG im Gespräch mit Bundesarbeitsminister Riester

Was schlagen Sie stattdessen vor?

Wir schlagen eine gleichmäßige Teilung der Lasten nach der Intention des Generationenvertrages auf Jung und Alt vor. Zukünftiger Finanzbedarf wird damit von beiden Generationen – auf der einen Seite den Beitragszahlern und auf der anderen Seite den Rentnern – in gleichem Umfang getragen. Zudem stellt dieser Vorschlag die Zusammenhänge klar dar, sodass verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden kann.

Was schlagen Sie als private Altersvorsorge vor?

Sie fragen mich, was ich als private Anlage vorschlage? Erst muss man mal die

jüngere Generation in die Lage versetzen, dass sie überhaupt fähig ist, private Altersvorsorge leisten zu können. Das ist angesichts der hohen Abgabenbelastung undenkbar. Der notwendige Freiraum kann nur dadurch geschaffen werden, dass man Berufsanfänger bisher ausgenommener Berufsgruppen (Beamte, Selbstständige und Politiker) in die Rentenversicherung miteinbezieht. Dadurch könnte man den Beitragssatz in den nächsten Jahrzehnten senken und die jüngere Generation in die Lage versetze, privat Kapital anzusammeln. (Michael Zechmeister, SRzG)

Rentenreform auf richtigem Weg – aber zu langsam

YOIS – Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – zieht mit einem Sarg vor das Reichstagsgebäude und trägt symbolisch die Generationengerechtigkeit zu Grabe

YOIS und andere Jugendorganisationen wie die „Jungen Liberalen“ haben am 26. Januar 2001 symbolisch mit einem Holzsarg die Generationengerechtigkeit vor dem Deutschen Bundestag zu Grabe getragen. Damit wollten sie darauf aufmerksam machen, dass die verabschiedete Rentenreform die Generationengerechtigkeit viel zu langsam umsetzt. Für einige Generationen könnte die Gerechtigkeit gar auf der Strecke bleiben. Obwohl die rot-grüne Bundesregierung vor zwei Jahren viel versprechend startete, bleibt das vor kurzem beschlossene Rentengesetz weit hinter den ursprünglichen Plänen zurück. Schuld sind das Geschrei der Lobbyisten und die Furcht vor den Wählern.

YOIS schlägt mit ihrer Teilungslösung ein Modell vor, das dem Prinzip der Generationengerechtigkeit folgt und transparent ist. Keine Generation soll bevorzugt oder benachteiligt werden. Deshalb müssen sich beide die auftretenden Lasten in der Rentenversicherung teilen, die durch den demographischen Wandel, Schwankungen am Arbeitsmarkt, Änderungen der Lebenserwartung oder der Selbstständigenquote ausgelöst werden. Das heißt, dass die Beiträge nur dann erhöht werden dürfen, wenn die Renten im selben Ausmaß gesenkt werden. So bekommen die Älteren etwas weniger, die Jüngeren zahlen etwas mehr.



Während der Bundestag die Rentenreform verabschiedet, trägt draußen die Jugend die Generationengerechtigkeit zu Grabe.

Damit wird der zukünftige Finanzbedarf gleichmäßig und fair auf die jungen Beitragszahler und die Rentner verteilt. Darüber hinaus wird das gesamte Rentensystem transparent und für jeden verständlich.

Aktuelle Berechnungen des ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung, München, haben hierbei nachgewiesen, dass der Beitragssatz bei der Teilungslösung auch längerfristig (bis zum Jahr 2050) niedriger gehalten werden kann als bei allen

anderen Reformvorschlägen. Die Gleichbehandlung von Jung und Alt ist darüber hinaus für jeden nachvollziehbar und trägt dazu bei, Vertrauen als zentrale Vorbedingung für eine längerfristig tragfähige sowie nachhaltige Alterssicherung wiederherzustellen.

Zahlreiche Fernsehsender berichteten am Abend des 26. Januar in den Hauptnachrichten von der Aktion, die auch in den Printmedien großes Echo fand.

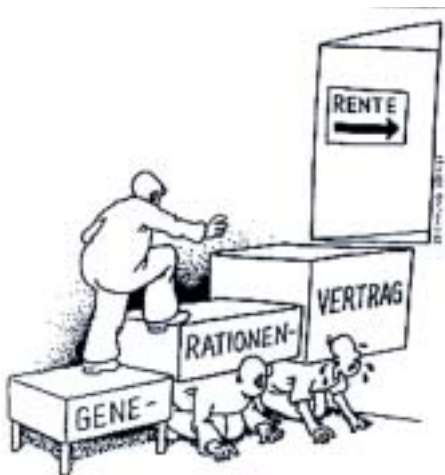
(Achmed Ischiklar, SRzG)

Hintergrund-Informationen zur Teilungslösung

Die 1957 geschaffene umlagefinanzierte Rente ging von einem stabilen Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentempfängern aus. Die Beitragssätze zur Rentenversicherung sollten konstant bleiben. Seit Jahren jedoch verschlechtert sich dieses Verhältnis und damit die finanzielle Lage der gesetzlichen Rentenversicherung. Als Lösung hat die SRzG die so genannte Teilungslösung erarbeitet, bei der die Lasten für beide Generationen fair und gleichmäßig aufgeteilt werden.

Gegen dieses einleuchtende Prinzip hat die Politik in der nun 40-jährigen Geschichte der Rentenversicherung aus opportunistischen Gründen im-

mer wieder verstoßen. Wenn sich einmal, wie 1972, aufgrund der konjunkturellen Entwicklung hohe Rücklagen bei den Rentenversicherungsträgern angesammelt hatten, beschloss der Bundestag (mit den Stimmen aller Parteien) keine Senkung des Beitragssatzes, sondern eine Ausweitung der Leistungen. Dieses Verhalten lässt sich mit den Mehrheitsverhältnissen erklären. Bei der Bundestagswahl 1994 besaß die junge Generation knapp 9 Millionen Stimmen, gerade einmal gut halb so viel wie die Übersechzigjährigen (16,4 Mio.). Die Übermacht der Alten wird in Zukunft noch zunehmen. Die Teilungslösung ist veröffentlicht in „Soziale Sicherheit“, Heft 1/01, S. 23.



UNO-Weltkonferenz über Kinderrechte im September 2001

Zweite Vorbereitungssitzung am 30. 01. 2001 in New York im UNO-Gebäude

Vor den Vertretern von 190 Nationen und mehr als 20 internationalen Organisationen legte der SRzG-Vorsitzende Jörg Tremmel seine Vision für mehr politische Beteiligungsrechte von Kindern dar. Die deutsche Delegation war eingeladen worden, für Europa an einer Panel-Diskussion zu diesem Thema teilzunehmen, bei der Vertreter aller Kontinente anwesend waren. Der vom Auswärtigen Amt zunächst angefragte Ernst-Ulrich von Weizsäcker empfahl Tremmel und die SRzG, und so kam die Beteiligung zu Stande.

Tremmels Beitrag führte mehr als alle anderen Vorträge zu einer lebhaften Diskussion im Plenum. Jugendvertreter aus Jamaika und der Europäischen Union stimmten ihm teilweise zu, während einige ältere Delegierte widersprachen. Das offizielle NGO-Magazin führte nachher noch ein Interview mit ihm und verbreitete die Thesen weiter.

Wahlrecht ohne Altersgrenze

Tremmel hatte gemäß dem SRzG-Positionspapier gefordert, dass auch Unterachtzehnjährige auf Antrag die Wahlunterlagen zugesandt bekommen und ab diesem Zeitpunkt wie Erwachsene mitwählen können. Die faktische Abschaffung einer fixen Altersgrenze würde dazu führen, dass Nichterwachsene endlich zu echtem Einfluss kommen und ihre Interessen von der Politik ernst genommen würden. Bei dem auf der Konferenz vielfach wiederholten Schlagwort, die Jugend als Ressource, nicht als defizitäre Altersgruppe zu betrachten, sei es nur folge-



Die SRzG bei der Vorbereitungssitzung zur Weltkonferenz über Kinderrechte am 30. 01. 2001 bei der UNO

richtig, ihnen das Wahlrecht zuzugestehen, wenn sie es selbst wollen. In der Geschichte des Wahlrechts sei man dem Prinzip „Ein Mensch – eine Stimme“ immer näher gekommen. Erst waren alle Nicht-Besitzenden ausgeschlossen (im preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht), dann alle Frauen (bis 1918), schließlich wurde die Altersgrenze nach und nach von 25 auf 21, dann auf 18 und schließlich auf 16 (1996 für kommunale Wahlen in mehreren Bundesländern und Landtagswahlen in Niedersachsen) gesenkt. Dieser Prozess werde weitergehen, es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis die SRzG-Forderung sich erfülle.

Tremmel zählte die acht gängigsten Argumente gegen die Wahlmöglichkeit für Unterachtzehnjährige auf und widerlegte sie Schritt für Schritt. Begeistert aufgegriffen von den anwesenden Jugendver-

tretern wurde seine Bemerkung, es sei heuchlerisch, einen 12-Jährigen aufgrund seines Urteilsvermögens wegen Mordes zu lebenslanger Haft zu verurteilen (wie tags zuvor in Florida geschehen), ihm aber andererseits bei Partizipationsrechten jedes Urteilsvermögen abzusprechen.

Zwei Anmerkungen am Rande:

Der deutsche Botschafter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der UNO, Dr. Hanns Schumacher, prüft eine Mitgliedschaft im Beirat der SRzG.

Die Akkreditierung der SRzG im NGO-Forum bei der UNO ist nach dieser Tagung und dem Artikel in der NGO-Zeitschrift nun viel wahrscheinlicher geworden. Wenn sie genehmigt wird, wird das nicht das letzte Statement der SRzG bzw. von YOIS vor der Staatengemeinschaft gewesen sein. (jt, SRzG)

VERANSTALTUNGEN...VERANSTALTUNGEN

„Green week“ der EU-Kommission

Die „Grüne Woche“ der Europäischen Kommission soll allen europäischen Bürgern und Fachleuten das neue Rahmenprogramm für die Umweltpolitik der EU vorstellen. Vom **24. bis 28. April** treffen sich in **Brüssel** Interessierte zu einem Kongress, begleitender Ausstellung und entsprechendem Rahmenprogramm. Die Teilnahme ist kostenlos. Ein Anmeldeformular und nähere Informationen unter <http://europe.eu.int/comm/environment/greenweek/index.htm> (mg, YOIS)

Vorstandstreffen der SRzG

Die SRzG diskutiert am Samstag, den **7. April 2001 in Stuttgart** das Positionspapier „Global Governance“.

Am Freitag, dem **27. Juli 2001** diskutiert die SRzG in **Uffing am Staffelsee** über den Entwurf eines Positionspapiers „Weltbevölkerungswachstum“ der unter www.srzg.de, im Diskussionsforum oder direkt unter <http://www.srzg.de/ubb/Forum7/HTML/000010.html> vorgestellt ist. Zu den thematischen Vorstandstreffen ist jede/r Interessierte, der/die Lust am

Diskutieren hat und bereit ist, dem besseren Argument zu folgen, herzlich eingeladen. Stoßen Sie auch dazu und diskutieren Sie mit.

Einfach anmelden unter info@srzg.de, oder tel 06171-982367 oder schriftlich bei SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel. Wir freuen uns auf Ihr Kommen. (ff, SRzG)

**„Wenn du jemand verstehen willst, geh erst einmal einige Meilen in seinen Mokassins.“
Indianerspruch**



BÜCHER · BÜCHER · BÜCHER

Etwas mehr Gelassenheit, ihr Alten! 68er-Bashing ist ebenso falsch wie 68er-Glorifizierung Die neue 68er-Debatte

1998, zum 30jährigen Jubiläum der 68er-Revolution machten Vertreter der jungen Generation (die 89er-Generation, auch als Generation Berlin oder Generation Golf bezeichnet) in dem Buch „Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen“ deutlich, was ihnen an ihren geistigen Eltern, den 68ern, missfällt. Das Fazit vieler Autoren 1998: An den Schulen haben 1998 die 68er-Lehrer zusammen mit der „Antifa“ die Kulturhoheit inne. Die rebellischen, nicht angepassten Jugendlichen wurden zwar dadurch nicht alle nach und nach konservativ, wie Florian Illies (Generation Golf) schreibt, aber kritisch gegenüber der 68er-Bewegung wurden sie allemal.

Gegenwärtig steckt Deutschland erneut in einer wichtigen Debatte über den zweiten Gründungsmythos der Republik, die 68er-Revolution. Die Debatte wurde ausgelöst durch Bilder aus den 70er Jahren, die den heutigen Außenminister Joschka Fischer auf einen Polizisten einprügelnd zeigen. Auf der einen Seite diejenigen, „die wir damals mit Abitur und Führerschein in der Tasche auf einmal bei Strassenkontrollen in MP-Mündungen blickten und dem Echo des Mescalero-Pamphletes in uns selbst nachhorchten“ (Peter Körte); auf der anderen Seite die Gleichaltrigen mit Mainstream-Biografien, die bei der Revolution abseits standen oder sie ablehnten. Die Fiftysomethings sind erregt, als wäre 68 erst letztes Jahr gewesen. Etwas mehr Gelassenheit, ihr Alten!

Die Generation, die die antiautoritären Erziehungsexperimenten auf Kinder-, statt auf Elternseite erlebte, ist indessen bisher kaum zu Wort gekommen. Die Debatte wird über ihre Köpfe hinweg geführt.

Warum die 68er von der jungen Generation mehr Sympathie bekommen als die Opposition im Bundestag

Vor der neuen 68er-Debatte, schreibt Thomas Schmid, dachte jeder, dass selbst die 1968 Angegriffenen nicht mehr bestreiten wollten, dass die rebellischen Jahre das Ihre zum Gelingen der zuvor doch recht steifen Republik beigetragen haben. Dieses Maß an Selbstkritik haben viele 89er auch bei den Konservativen vermutet – und wurden nun eines Besseren belehrt. Dies machte Joschka Fischer so sympathisch und Eckart von Klæden, den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/

CSU-Bundestagsfraktion und unerbittlichen Fragesteller in der aktuellen Stunde zur Vergangenheit Fischers am 17.01.2001, so unsympathisch. Einige junge Wilde schiessen in ihrer berechtigten 68er-Kritik über das Ziel hinaus, sie blenden einen Teil der damaligen Wirklichkeit aus. Man kann sich heute wohl kaum noch vorstellen, wie repressiv in den 50er und frühen 60er Jahren die Sexualmoral war, wie obrigkeitshörig der Durchschnittsbürger und wie autoritär die Erziehung. Trotz der schwarzen 70er hat die 68-Bewegung die Demokratisierung der Gesellschaft ganz unübersehbar vorangetrieben.

Angela Merkels Satz, unser Land sei „seit 1949 ununterbrochen eine freiheitliche, solidarische, weltoffene Republik“ hat viele kritische 89er geschockt. Dass die aus Ostdeutschland stammende CDU/CSU-Chefin der BRD der 60er Jahre jeden Reformbedarf abspricht, ist eine falsche Sicht auf die Wirklichkeit.

Natürlich werden die 68er in den Geschichtsbüchern nicht ausschließlich positiv beschrieben werden. Die Bewegung hat sich einiges vorzuwerfen: Dutzende ermordete politische Gegner, Einschüchterung von Andersdenken (z.B. Mobben von Studenten, die den politischen Zielen der Bewegung ablehnend gegenüberstanden).

Wenn aber die 68er die Fehler, die sie im jugendlichen Überschwang gemacht haben, selbst eingestehen, so reicht dies der jungen Generation. Öffentliche Kniefälle vor dem damaligen politischen Gegner wollen wir 89er nicht. Was die junge Generation verachtet, sind die lernunfähigen, geistig unbeweglichen 68er. Worunter die Generation der heute 25-35jährigen in ihrer Schulzeit zu leiden hatte, waren die dogmatischen Linken. Fischer und Schröder sind aber gar nicht mehr links.

Was wird sich durch die neue 68er-Debatte ändern?

Der Außenminister bezog in dieser Debatte klar Position gegen alle konservativen Scharfmacher, die die ganze Studentenrevolte in den Mülleimer der Geschichte entsorgen wollten. Aber er hat die Debatte nebenbei auch genutzt, um verstockten und lernunfähigen Altachtundsechzigern jedes moralische Überlebensgefühl zu vermiesen.

Die Antifa hat bei Attacken gegen die

Staatsgewalt wohl vor einigen Jahren noch auf klammheimliche Solidarität in weiten Teilen der Bevölkerung gehofft. Wie muss sie sich jetzt die Augen reiben angesichts Joschka Fischers Entschuldigung beim vor 25 Jahren malträtierten Polizisten und der einhelligen Verdammung jeglicher Strassengewalt, ja sogar des bössartigen, aber letztlich albernen Mescalero-Briefes.

Beitrag der Jugend zur Debatte

Unerträglich sind gleichsetzerische Vergleiche zwischen 68er-Gewalt bzw. RAF-Terrorismus einerseits und der staatlichen Gewalt im 3.Reich mit ihren Millionen von Kriegstoten und KZ-Opfern als Folge andererseits, wie sie immer wieder angedeutet werden.

Aber auch die 68er sollten erkennen, dass die Welt sich gewandelt hat und damalige Frontstellungen gegen sie gar nicht mehr so bestehen, wie sie das vielleicht denken: Vor 30 Jahren wäre wohl kaum in der Welt, also im politischen Flaggschiff der Springer-Presse, der Wolf-Biermann-Artikel erschienen, der die Springer-Presse direkt für das mörderische Attentat auf Rudi Dutschke verantwortlich macht.

Es geht nicht um Entweder-Oder: die 68er-Gewalt ist genauso abzulehnen wie die Muffigkeit des Adenauer-Staates.

Fazit

Die 68er schämen sich zurecht – und das Gute daran ist, dass dies nicht mit einem Rechtsruck in der Gesellschaft einhergeht. Unsere linken Eltern waren unsere liebsten Feinde, solange sie stark waren und die engstirnigen Rechten (wenn ich Rechte sage, meine ich nicht Rechtsradikale, sondern ich benutze den Begriff genauso emotionslos wie Linke) nicht die Meinungsführerschaft besaßen. Sollte dieses Machtverhältnis nicht mehr gelten, so müssen die 89er nun um so härtere Opposition gegen die neuen Herren machen. Eine kritische Jugend pinkelt, mit Verlaub, immer den Mächtigen ans Bein...

(jt, SRzG)

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen. Kore Verlag: Freiburg 1998, ISBN: 3-933056-65-9 zu beziehen entweder im Buchladen oder für 10 DM direkt von der SRzG

Wem gehört die Straße?

Es ist ein Novum, dass in dieser Publikation bzw. ihren Vorläufern eine Dissertation rezensiert wird. Diese aber ist es wert. Als die SRzG noch nicht nur Think-Tank, sondern auch Jugendorganisation war, gab es einige, allerdings relativ wenige, echte „Straßen-Aktionen“ wie die Rally of Youth 2000 oder die Fahrten in die Hauptstadt zur damaligen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, zu Guido Westerwelle oder der Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin. Balistier hat nun in seiner Dissertation systematisch alle Aktionsformen analysiert, die Jugend- und andere Bewegungen (Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung) zwischen 1979 und 1989 angewandt haben, um Aufmerksamkeit in den Medien und somit auch in der Öffentlichkeit zu erreichen. Sein Buch ist unverzichtbar für jede „Bewegung“, die „Straßen-Protest“ nicht ausschließt oder sogar explizit durchführen will. Balistier führt in der Einleitung aus, dass die Aktion als die kleinste Einheit einer Bewegung interpretiert werden kann. Von einer Bewegung lasse sich erst sprechen, wenn Aktionen inhaltlich, zeitlich und räumlich ein eigenständiges Ganzes bilden. Eine Bewusstseinsänderung Einzelner sei noch keine Bewegung, „tatsächlich wird die Existenz einer sozialen Bewegung oftmals erst dann gesellschaft-

lich wahrgenommen, wenn ihre Akteure zur Tat schreiten und ihren Protest als öffentliche Aktion organisieren.“ Damit über die Aktion in den Medien berichtet wird, muss sie nach Balistier einen „Nachrichtenwert“ besitzen. „Die Akteure müssen sich ihren Raum und ihre Zeit erobern.“ Versäumen sie dies, so wird die Bewegung bedeutungslos. Balistier kategorisiert alle Aktionen. Er verfeinert frühere Ansätze, die Aktionen danach klassifizierten, ob sie das System bekämpfen oder das System nutzen, ob sie gewaltfrei oder gewalttätig sind. Letztlich entscheidend ist, - wie sehr die Aktion bei den Medien ankommt. (Ist sie dem Ziel angemessen? Ist sie kreativ, und löst sie eine öffentliche Diskussion aus?) - wie groß der Druck ist, der durch die Aktion auf den Adressaten ausgeübt wird und von welcher Art dieser Druck ist (moralisch, juristisch, gewalttätig) - ob die Aktion völlig legal ist oder aber in einem bestimmten Umfang „an der Grenze“ oder sogar im Bereich des Ungesetzlichen bewegt. Formen des Protestes „auf der Straße“ wie Kundgebungen und Demonstrationen, werden aufgegliedert in Stern-Märsche, Schweigemärsche, Menschenketten, Besetzungen, Blockaden usw. Außerdem



Jugendprotest vor dem Kanzleramt

geht Balistier ausführlich auf weniger übliche, kreative Protestformen ein wie Fahrrad-Touren (YOIS hat sie leider nicht erfunden), Straßentheater, Puppenverbrennungen, symbolisches Zu-Grabe-Tragen, Entkleidungen, Sit-Ins und Ähnliches.

Weniger die SRzG als vielmehr YOIS, kann sich mit Hilfe des Buches einen guten Mix aus möglichen Aktionen zusammensetzen, um seine Ziele zu erreichen – alles wissenschaftlich geprüft und getestet.

Thomas Balistier, Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der BRD zwischen 1979 und 1989, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1996, Diss., ISBN 3-929586-84-3

(Jörg Tremmel, SRzG)

EINEN POLITIKER MITNEHMEN AUF EINE EINSAME INSEL? Warum unser Land ohne politisches Engagement zu Grunde geht – Eine Aufforderung, sich einzumischen

Anhand der zwei Bücher „Generation Golf“ (Illies) und „For Common Things“ (Purdy) wurde der folgende Beitrag von Jörg Tremmel ursprünglich für das Buchprojekt von Bündnis 90/Die Grünen, „Der junge Blick – wie 2020 leben“, geschrieben

Egoistisch, karrieregeil, selbstsüchtig, narzistisch, unpolitisch – dies sind gängige Vokabeln, um die Jugend von heute zu charakterisieren. Renate Köhler, die Chefin des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, attestiert: „Das Zeitklima ist von nüchternem Pragmatismus und fröhlichem Fatalismus geprägt. Die politische Leidenschaft ist erkaltet, die Lust an der gesellschaftlichen Kontroverse ermüdet, die Visionen und Utopien von einer besseren Welt verblasen.“ Florian Illies charakterisiert die 25- bis 35-Jährigen in seinem Bestseller „Generation Golf“ als

Ichlinge und Hedonisten, denen die richtige Farbe ihrer Barbour-Jacke wichtiger erscheint als die Frage nach Rechts oder Links, Krieg oder Frieden. „Das Gros der Generation Golf kümmert sich allein um die Zukunft der eigenen Arbeitsstelle und die eigene Familienplanung“, so Illies. Für Politik haben die Manager der Ich-AG (Tom Peters) nur Hohn und Spott übrig. Als typischer Vertreter meiner Generation habe ich also in Bezug auf den angefragten Aufsatz über politisches Engagement nur eine Wahl: ein weißes Blatt abgeben. Oder gibt es eine Alternative? In der westlichen Gesellschaft haben inzwischen die Ironiker, ja Zyniker, die Meinungsführerschaft inne. Als naiv und rückständig werden all jene hingestellt, die sich aus tiefster Überzeugung oder aus Hoffnung auf die Gestaltbarkeit der Welt für die

Gesellschaft engagieren. Es gilt in den Fitnessstudios, den Internetfirmen und ihren Widerspiegelungen in der Medienlandschaft (Harald Schmidt Show, Fit for Fun) als ausgemacht, dass Politik eine lachhafte Angelegenheit sei. Sie ist die Sache von entbehrlichen Prinzipienreitern, von langweiligen Typen, die in der Wirtschaft gescheitert sind und für die Schickleria zu schlecht aussahen. Die Sprache der Politik gilt als ständiger Versuch der Manipulation. Man sollte nie fragen, wofür ein Politiker steht, sondern immer nur, was er im Moment bezwecken will. Unterm Strich ist Politik ein schmutziges, letztlich verzichtbares Geschäft von Leuten, die sich nicht nass rasieren und deshalb morgens nicht in den Spiegel schauen müssen. Das ist zumindest die Meinung der Florian Illiese dieser Welt.

Ich glaube, sie irren.

Wie Jedediah Purdy richtig analysiert, liegt der vorherrschenden Ironie vieler Menschen die Angst zu Grunde, dass alles Hoffen auf eine bessere Welt immer nur in Enttäuschung enden kann. Es geht vielen Zynikern wie enttäuschten Liebhabern, die einst mit jeder Faser ihres Körpers geliebt haben, dann enttäuscht wurden, und nun aus Selbstschutz die Auffassung aufgebaut haben, jeder andere Liebende müsste ebenso enttäuscht werden wie sie. Der Zynismus ist kein Zukunftskonzept, er ist eine Reaktion derjenigen, die sich nicht (mehr) trauen, alles zu geben, ernsthaft für etwas zu kämpfen. Der Trend zur Lächerlichmachung gesellschaftlichen Engagements ist nicht harmlos. Die Ironie mag harmlos daherkommen; aber kann ein Gemeinwesen auf Dauer existieren, wenn die Bürger ihre gemeinsamen Institutionen für uninteressant und irrelevant halten?

Der Grad zwischen einem Ironiker, der stets alles ins Lächerliche zerrt, und einem Zyniker, der sich abwendet, wenn jemand im Straßengraben verreckt, ist sehr schmal. Dies ist daher eine Aufforderung, sich einzumischen. Ohne politisches Engagement geht unser Land zu Grunde. Wir brauchen gerade junge Leute, die sich politisch engagieren.

Dies bedeutet nicht, dass Politiker heute alles richtig machen. Wie schon Albert O. Hirschman anschaulich beschrieb, gibt es in diesem Beruf ehrenwertes und weniger ehrenwertes Benehmen, wie in jedem anderen auch. Wem dieser Hinweis nicht genügt, der lese den *Principe* von Machiavelli, *Politik als Beruf* von Max Weber oder *Les mains sales* von Jean Paul Sartre. Tatsächlich erscheinen auch mir einige Grundregeln des politischen Geschäfts verbesserungsfähig:

Die Regierung stimmt häufig den Oppositionsparteien nicht zu, selbst wenn sie Recht haben. Die Nicht-Regierungspartei betreibt Opposition um der Opposition willen. Ein solches Verhalten erschüttert den Glauben der Öffentlichkeit an Rückgrat und Standfestigkeit im politischen Geschäft. Wenn die Opposition gegen den Krieg wettete, so ist sie nun, da endlich gewählt, dafür – und umgekehrt. Spiegelopposition aber hilft nicht weiter. Politiker müssen langfristig widerspruchsfrei und kohärent handeln, wenn sie das Vertrauen der Öffentlichkeit behalten wollen. In der Politik gelten zu oft die Mechanismen von Machterhalt bzw. Machterwerb um jeden Preis. Wer bei Fehlverhalten erwischt wird, sollte auch mal zurückzutreten. Es ist für Neueinsteiger sehr schwer, in der Parteiprogrammatik etwas zu be-

wegen. Kompetenz spielt häufig eine geringere Rolle als Seniorität. Hier sind die Politiker selbst aufgerufen, darauf hinzuwirken, dass das konstruktive politische Engagement sich für junge Leute wieder als echte Alternative zu einem resignierten Individualismus oder zu einem destruktiven Aufbegehren darstellt.

Ich will auch nicht verhehlen, dass die äußeren Umstände im Vergleich etwa zur 68er-Zeit ungünstiger geworden sind. Die Welt ist heute so komplex geworden, dass es vielen schwer fällt, sich für eine Sache zu entscheiden. „Wir haben schon nicht mehr verstanden, was SDI war, als einst Ronald Reagan regierte und die Amerikaner Tripolis bombardierten, wir kapierten nicht, warum die EG jedes Jahr Unmengen von Tomaten vernichten musste“, schreibt Florian Illies (*Generation Golf*, S.121). „Mit den Kriegen in Bosnien und im Kosovo wurde uns dann endgültig klar, dass die Welt zu kompliziert war, als dass man noch für oder gegen irgendetwas sein konnte.“ Diese fast mitleidsheischende Aussage Illies charakterisiert das Unbehagen eines zugegeben nicht kleinen Teils meiner Generation. Was bedeutet die gewaltig gestiegene Komplexität für die politische Partizipation von jungen Menschen? Es bedeutet, dass nur noch wenige, die damit umgehen können, den Sprung wagen. Die anderen ziehen sich ins Privatleben zurück.

**„Du bist so jung,
wie deine Zuversicht,
so alt wie deine Zweifel,
so jung wie dein
Selbstvertrauen,
so alt wie deine Furcht,
so jung wie deine
Hoffnungen,
so alt wie deine Verzagtheit.“**
Albert Schweitzer

Oder sie verfallen wieder auf einfache Rezepte wie die Rechtsextremen im Osten.

Durch die Globalisierung hat die Zahl der Interaktionen und damit die Komplexität der Welt enorm zugenommen. Der Politiker kann kaum noch die Welt verändern, da ihn neuerdings „Sachzwänge“ daran hindern. Die Legitimationsketten sind so lang geworden, dass jeder eine Entschul-

digung für jedes Verhalten hat.

War es richtig, gegen Shell zu kämpfen, weil sie die Öl-Plattform Brent Spar im offenen Meer versenken wollten? Oder ist die von Greenpeace vorgeschlagene Methode der Entsorgung an Land am Ende noch umweltschädlicher? Sind die Investmentfonds-Gesellschaften nun die treibende Kraft hinter dem Shareholder-Value-Gedanken und folglich verantwortlich für Umweltzerstörung und Arbeitsplatzabbau? Oder machen sie de facto nur Kleinsparer und Rentner ein bisschen reicher. Vor 30 Jahren war alles noch übersichtlicher: „Früher glaubte man noch an das Gute im Menschen und an das Schlechte im Amerikaner.“ (Illies)

Trotz der gestiegenen Komplexität lohnt es sich, sich in ein bestimmtes Themengebiet einzuarbeiten und sich dann dafür politisch zu engagieren. Das mag ein bescheidenes Ziel sein, eine „vorsichtige Vision“, die nichts mit den großen Weltveränderungsupotentialen der 68er zu tun hat. Aber vielleicht sind solche kleinen Schritte, solche „vorsichtigen Visionen“ gerade deshalb tragfähiger und werden nicht so schnell von der Wirklichkeit als Irrtümer entlarvt. Ich glaube daran, dass es sich lohnt, für Generationengerechtigkeit zu kämpfen, gegen die ökologische Zerstörung oder die Benachteiligung der Jugend im Rentensystem anzugehen. Und ich sehe mich von Menschen umgeben, die ebenfalls den Glauben noch nicht aufgegeben haben. Es mag eine Minderheit sein, aber es waren immer Minderheiten, die die Gesellschaft geprägt haben und schließlich – wenn auch teilweise erst nach Jahren – die Meinungsführerschaft gewannen. Es gibt keinen völligen Rückzug ins Private. Leute wie Illies werden von den Trends, die andere bestimmen, betroffen sein. Damit gehört Illies zu den bemitleidenswerten Generationengenossen, die sich später passiv dem Wertewandel anpassen müssen, egal ob sie wollen oder nicht. Einen Wertewandel, den politische junge Menschen heute aktiv mitgestalten.

Florian Illies, Generation Golf, Argon Verlag, Berlin 2000, 217 Seiten, Hardcover, 36 DM, ISBN 3-87024-512-3

*Jedediah Purdy, For Common Things: Irony, Trust and Commitment in America Today, Alfred A. Knopf Verlag, New York, September 1999
Gebundene Ausgabe, 226 Seiten, 20 \$, ISBN: 0375407081*

Interna...Interna...Interna...Interna...

Neue Beiratsmitglieder der SRzG

Die SRzG hat neben ihrem Vorstand noch zwei weitere Gremien: das Kuratorium und den wissenschaftlichen Beirat, bestehend aus renommierten Wissenschaftlern aus Ökologie, Politik, Ethik und Wirtschaft. Daneben gibt es den unternehmerischen Beirat, dem Persönlichkeiten angehören, die ökologische und soziale Verantwortung zeigen.

Idealismus, Elan, Spritzigkeit und Engagement der Jugend müssen sich mit der Erfahrung und Gelassenheit des Alters verbinden, wenn die Zukunftsprobleme gelöst werden sollen. Der Wissenschaftliche Beirat der SRzG ist durch zwei Persönlichkeiten erweitert worden:

Prof. Dr. Mihajlo Mesarovic

... ist Berater des Generaldirektors der UNESCO on Global Change, Mitglied des Club of Rome, Leiter des GENIE Programms (siehe Bericht in dieser Ausgabe) und ordentlicher Professor an der Case Western Reserve University in Cleveland, USA. Er beriet inzwischen mehr als 30 verschiedene Regierungen auf Ministerebene. Sein bekanntestes Buch war der zweite Report an den Club of Rome „Mankind at the turningpoint“, 1974. Unter seiner Leitung wurde GlobeSight entwickelt, ein computerunterstütztes Prognose-Instrument für zukünftige Umweltprobleme.

Dr. Wolfgang Reinicke

... ist „Senior Partner“ und „Senior Economist“ in der Weltbank, außerdem ein „Nonresident Senior Fellow“ in der renommierten Brookings Institution in Washington, D.C. Seine Arbeitsschwerpunkte: globale ökonomische Integration, Global Governance, Globale Finanzarchitektur und auch Think-Tank-Forschung. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehören: „Global Public Policy: The Role of Non-Binding International Legal Accords“, mit Jan Martin Witte, in Dinah Shelton (ed.): Compliance with Non binding International Legal Accords: A Challenge to International Law (1999); „Hands on the Bridge“, Worldlink, January/February 1999; Global Public Policy: Governing Without Government? (1998)

YOIS Europe sucht ein Logo

Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe (YOIS Europe) ist eine europäische Organisation von jungen und jung gebliebenen Menschen (s. Seite 2). Für den neuen Verein sucht YOIS nun dringend ein Logo und später auch ein CI. Da die Hits auf der YOIS-Homepage Tag für Tag wachsen (seit Gründung ca. 6000), wäre eine rasche

Entwicklung vorteilhaft. Schlüsselbegriffe für das Logo sind: visionary, responsible, active, colourful, powerful und cool – jeweils natürlich in der positiven Auslegung. Als Anregung könnten zudem die Logos von JEF Europe <http://www.jef-europe.org>, von AEGEE www.aegge.org und AIESEC www.aiesec.org dienen.

Die Webpage von YOIS Europe ist www.yois-europe.org
Als neu gegründeter Verein kann YOIS nicht viel Geld bieten, dafür aber eine Menge Publicity!
Interessenten melden sich bitte bei Martin G. Viehöver, Tel./Fax: +49-(0)-231-171900, Mobil: +49-(0)-171-7983378, E-Mail: viehoever@yois-europe.org

Renovierung der Homepage der SRzG

Der Webauftritt der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen wird zur Zeit überarbeitet. Sie als Interessent/in des Themas Generationengerechtigkeit bzw. Förderer/in der Stiftung sollen so schneller und komfortabler an Informationen kommen, die Sie interessieren. Aus diesem Grund arbeiten wir an zwei Schwerpunkten. Zum einen wird die Navigation verbessert: Auf jeder Seite wird klar zu sehen sein, wo sich der Besucher befindet. Mit Suchfunktion und Link auf eine Sitemap wird er so unterstützt, sein Stichwort schnell zu finden und dabei nicht den Überblick zu verlieren. Zum zweiten wollen wir die Aktualität weiter erhöhen, indem wir wichtige Mitteilungen auf der Startseite platzieren. Ein Link führt auf die detaillierte Beschreibung und/oder Grafik. Unterstützt wird die erhöhte Aktualität, die Sie teilweise schon von den bisherigen Diskussionsforen kennen, durch die Herausgabe eines Newsletters. Dabei werden Teile dieser Zeitschrift **GENERATIONENGerechtigkeit!** per E-Mail versandt, inklusive weiterführende Links

auf die SRzG-Website. An- und Abmelden soll bequem über die Homepage möglich werden. Die jeweiligen Entwürfe liegen jetzt schon in einem speziellen Verzeichnis aus www.srzg.de/deutsch/ Wir freuen uns über Ihr Feedback hierzu. Schon als wir die Entwürfe im kleinen Kreis bespra-

chen, konnten wir feststellen, wie unterschiedlich Seh- und Klickmethoden sind. Daher finden wir es sehr hilfreich, wenn Sie uns ebenfalls mitteilen, was Sie besser fänden, was Ihnen gefällt oder was Sie stört. ischiklar@srzg.de.

Vielen Dank! (ai, SRzG)



Zustiftungen zur Aufstockung des Stiftungskapitals

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen hat jetzt (Anfang 2001) ein Stiftungskapital von knapp DM 100.000. Um die Visionen der SRzG erfüllen zu können und um die Arbeit des ehrenamtlich arbeitenden Vorstandes auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, soll das Grundkapital in den nächsten Jahren auf DM 250.000 aufgestockt werden.

Das Grundkapital einer Stiftung bleibt stets ungeschmälert erhalten, denn eine Stiftung finanziert ihre Arbeit aus den Zinsen dieses Grundkapitals. Mit dem heutigen Grundkapital ist die Stiftung nur begrenzt arbeitsfähig und kann viele geplante Aufgaben und Projekte noch nicht umsetzen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist deshalb eine der vorrangigsten Aufgaben.

Wir brauchen daher Ihre Zustiftung!

Der Unterschied zu einer Spende besteht darin, dass diese in die tägliche Arbeit der Stiftung fließt, während Zustiftungen das Stiftungsgrundkapital selbst erhöhen. Wie bei einer Spende (Spendenbescheinigung) kann über eine Zustiftung auch eine steuerlich absetzbare Bescheinigung (Zustiftungsbescheinigung) ausgestellt werden. Die Stiftung steht und fällt mit der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger diese gute Sache zu unterstützen. Der Stiftungszweck eint Menschen jeden Alters und jeder Geisteshaltung. Schulkinder und Studenten haben bisher ebenso gespendet oder zugestiftet wie Unternehmen und vermögende Privatpersonen. Wenn auch Sie zu den

Bürgerinnen und Bürgern gehören, die das Prinzip der Generationengerechtigkeit und die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ für unterstützungswürdig halten, so bitten wir um Ihre Zustiftung, die Sie jederzeit später auch erhöhen können. Vielleicht fällt Ihnen auch spontan jemand ein, den Sie wegen einer Zustiftung ansprechen können. Egal, ob Sie 30 DM, 300 DM oder 3.000 DM stiften, Ihre Zuwendung wird in jedem Fall dringend gebraucht.

Als kleines Dankeschön wird Ihr Engagement in der Zeitschrift

GENERATIONENGerechtigkeit! und im Stiftungsbericht „verewigt“. Außerdem erhalten Sie bis auf weiteres die Zeitschrift **GENERATIONENGerechtigkeit!**.

Großspender können auf Wunsch in den Beirat der Stiftung aufgenommen werden.

Stiftungsbeträge überweisen
Sie bitte auf:

SRzG

**Verwendungszweck:
Zustiftung**

Konto - Nr. 66 02 983

Ökobank eG

BLZ 500 901 00

SRzG dankt für die Zustiftungen von:

Karolin und Frithjof Finkbeiner 25.000 DM – Jörg Tremmel 16.050 DM – Lotte Lohde 10.000 DM – Deutsches Kinderhilfswerk e.V. 10.000 DM – Evolutionsfonds Apfelbaum 7000 DM – Dr. Dirk Rasch 3.345 DM – Dr. Jürgen Borchert 2.250 DM – Deutsche Unilever GmbH 2.000 DM – Ulrich Martin Drescher 2000 DM – HypoVereinsbank AG 2.000 DM – Dr. Roland Trompert 2.000 DM – Wolfgang Willig 2.000 DM – Dr. Hans-Joachim Fichtner 1.130 DM – Deutsche Shell AG 1.000 DM – Dr. Dieter Manecke 1.000 DM – Annemarie Scheringer 1.100 DM – Stefan Weber 723 DM – Annegret Plaas 700 DM – Annemarie und Peter Schrott 300 DM – Christine und Harald Wacker 293 DM – Urd und Hubert Kustermann 250 DM – Klaus Leithe 250 DM – Margarete Stenzel 220 DM – Anke Balling 200 DM – Heinrich Beck 200 DM – Rosemarie Krockenberger 200 DM – Birgit Neuhold 200 DM – Oliver Arnold 160 DM – Friedhelm v. Haaren 150 DM – Moritz Harder 150 DM – Helmut und Barbara Mayr 150 DM – Dieter Müller 150 DM – Paul Neumann 130 DM – Dr. Ulrich und Gertrud Bracker 120 DM – Dr. Beatrix Falch 120 DM – Arpa Ansay 100 DM – Ralf Burkert 100 DM – Benjamin Dzialowski 100 DM – Matthias Frese 100 DM – Dr. Andreas Heigl 100 DM – Gottfried Holch 100 DM – Markus Klauke 100 DM – Johannes Koeder 100 DM – Berit Korschenbroich 100 DM – Fr. u. G. Kowalczyk 100 DM – Ursula Larsson 100 DM – Sylke Meyer 100 DM – Dr. U. Moehring 100 DM – Anita Schacht 100 DM – Andreas Scherbel 100 DM – Walter Schorer 100 DM – Martin Schuler 100 DM – Jörg Schulz 100 DM – Dr. Christian Schwarz-Schilling 100 DM – F.W. Stockfleth 100 DM – Wolfram Traska 100 DM – Markus Warncke 100 DM – Roland Wenzel 100 DM – Ingeborg Willms 100 DM – Michael Zechmeister 100 DM – Jens und Nicola Stadler 75 DM – Bernd Derksen 60 DM – Jochen Jaeger 60 DM – Dirk Nowaschewski 60 DM – Dr. Uffenorde 60 DM – Eva Beiner 50 DM – Falk und Christine Broghammer 50 DM – Reinhard Eckermann 50 DM – Anne-M. Fuchsmann 50 DM – Bernd Guenther 50 DM – Dr. Ulf und Elisabeth Hermanspann 50 DM – Susanne Hermanen 50 DM – Dr. Dieter Hondelmann 50 DM – Marita und Wolfgang Kircher 50 DM – Christian und Christine Kohlschovsky 50 DM – Susanne und Rudi Kränzlein 50 DM – Hubert und Jasmin Kustermann 50 DM und viele andere ...

Werden Sie ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG oder Mitglied von YOIS

Der beste Weg, die **GENERATIONENGerechtigkeit!** regelmäßig nach Hause geschickt zu bekommen, ist im Moment, ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG oder Mitglied von YOIS zu werden.

Sie bekommen die Zeitschrift und haben außer der jährlichen Zahlung des Förderbeitrags bei SRzG keinerlei Verpflichtungen. Sie können als ständiger Förderer an allen Veranstaltungen der SRzG zu Selbstkosten teilnehmen, über Positionen diskutieren oder an Kampagnen mitarbeiten.

Gerade für Jüngere besteht eine Alternative, Mitglied bei YOIS zu werden,

wenn sie sich aktiv für Generationengerechtigkeit einsetzen wollen. Falls Sie weitere Fragen zur SRzG oder zu YOIS haben, freuen wir uns, Ihnen ein Infopaket zu senden

Der Förderkreis der SRzG unterstützt die Stiftung bei ihren Aufgaben. Ohne den Förderkreis kann die SRzG ihre Aufgaben kaum erfüllen. Wenn Sie sich für die gute Sache der „Generationengerechtigkeit“ einsetzen möchten, sind Sie herzlich willkommen, ständiger Förderer zu werden. Sie erhalten die Mitgliederzeitung **GENERATIONENGerechtigkeit!** und Einladungen zu den

in regelmäßigen Abständen stattfindenden offenen Vorstandssitzungen der Stiftung. Dort können Sie Anregungen geben, Vorschläge machen und Aktionen organisieren, um das Ziel der intergenerationellen Gerechtigkeit zu erreichen. Sie sind herzlich eingeladen, auf öffentlichen Kuratoriumssitzungen den Rechenschaftsbericht von Vorstandsmitgliedern zu hören und das Kuratorium bei der Frage der Entlastung des Vorstands zu beraten – so viel Offenheit und Transparenz gibt es bei kaum einer anderen deutschen Stiftung.

Antrag umseitig

SRzG /YOIS Europe
Postfach 5115

61422 Oberursel

Antrag auf Aufnahme als ständiger Förderer des Förderkreises bei der SRzG

Hiermit beantrage ich die Aufnahme als ständiger Förderer im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“.

Mitgliedsantrag bei YOIS – Europe

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft bei Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe

Name _____ **Vorname** _____
Straße _____ **PLZ/Ort** _____
Telefon _____ **Fax** _____
E-Mail _____ **geb. am** _____

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennungen möglich):

- | | | | |
|---------------------------|--------------------------|-----------------------------------|--------------------------|
| Generationengerechtigkeit | <input type="checkbox"/> | Bevölkerungsentwicklung | <input type="checkbox"/> |
| Ökologie | <input type="checkbox"/> | Globalisierung/Global Governance | <input type="checkbox"/> |
| Rentenversicherung | <input type="checkbox"/> | Medizin/Gesundheit/Biotechnologie | <input type="checkbox"/> |
| Staatsfinanzen | <input type="checkbox"/> | Technologie | <input type="checkbox"/> |
| Arbeitsgesellschaft | <input type="checkbox"/> | Methoden der Zukunftsforschung | <input type="checkbox"/> |
| Bildung | <input type="checkbox"/> | Kinderrechte | <input type="checkbox"/> |

Ich möchte gerne an der Gründung von YOIS Schweiz/Österreich mitwirken.

Ich würde gerne eine YOIS-Regional- oder Lokalgruppe gründen.

Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen. Es gilt dabei ein Mindestbeitrag von 25,- € für Unterdreißigjährige bzw. 50,- € und für Ältere (für SRzG) und 25,- € (für YOIS). Organisationen können ebenfalls ständige Förderer der SRzG oder Mitglied bei YOIS werden, für sie gilt ein Mindestbeitrag von 100,- € jährlich. Bitte unten stehende Einzugs-ermächtigung ausfüllen. Bei dem Wunsch nach aktiver Mitarbeit empfiehlt sich die Mitgliedschaft bei YOIS, wenn Sie eher fördernd unterstützen wollen, bei der SRzG.

Ort und Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) bzw. YOIS Europe, meinen Förder- bzw. Mitgliedsbeitrag (Spende) in Höhe von _____ jährlich zu Lasten meines/unseres Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Konto-Nr.

Ort und Name der Bank

Bankleitzahl

Ort und Datum

Unterschrift

Wir danken Frau Ursula Hauer, Weilheim für das Layout, Herrn Udo Eitzenberger, Augsburg für die Gestaltung und Herrn Wolfgang Sand, Landsberg für das Lektorat. Die nächste Ausgabe von Generationengerechtigkeit! erscheint im Mai 2001 mit dem Schwerpunktthema „Weltbevölkerungswachstum“.